1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 21 vom 24. Mai 1985 19. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Wende und Gewerkschaftspolitik **Seiten 5/6**

Ein „kommentiertes" Kriegerdenkmal **Seiten 10/11**

8. Mai '45 und die ersten Tage danach **Seite 12**

„Denkbedarf"

Um die Debatte, die die Grünen nun nach der NRW-Wahl haben, sind sie gewiß nicht zu beneiden. Zu allem Überfluß sind sie auch noch mit einem Mann geschlagen, für den die Krise der Grünen offensichtlich vor allem Anlaß ist, sich selbst als ministrabel darzustellen: Otto Schily.



„Reform an Haupt und Gliedern", „personelle Konsequenzen", „Professionalisierung" — so spricht 's Otto allabendlich in die Fernsehkameras.

Die Grünen müssen eine richtige Partei werden. Was eine „richtige Partei" ist? Na, was wohl? Eben eine Partei, die das Gewaltmonopol des Staates uneingeschränkt anerkennt. Eine Partei, die die „negative Haltung" zum Parlamentarismus kompromißlos überwindet. Kurz: eine Partei, die Otto Schily nicht daran hindert, irgendwann und irgendwo Justizminister und Schlimmeres zu werden.

Daß es schon einige Parteien dieses Typs gibt, ist Otto Schilys kühlem analytischen Verstande natürlich nicht entgangen. So antwortet er auf die Frage eines möglichen Übertritts zur SPD denn auch: „Man soll ja nie nie sagen."

Vorderhand verspürt er „Denkbedarf". Vielleicht drei Monate Toskana. Dann traut er sich auch zu, einfach zu sagen: „Otto, das war's."

Genau das ist den Grünen in aller Freundschaft zu wünschen.

Trafo-Union Cannstatt

Polizei prügelt für den Siemens-Profit

Brutaler Polizeieinsatz gegen Trafo-Kollegen

Freitag, 17. Mai, Stuttgart-Cannstatt: Kolleginnen und Kollegen der Trafo-Union belagern das Werkstor, um den Abtransport von Maschinen zu verhindern. Da kam von der Siemens-Spitze der Einsatzbefehl für die Polizei: Knüppel frei für die Arbeitsplatzvernichtung.

Seit einem Jahr kämpft die ca. tausendköpfige Trafo-Belegschaft um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Der Siemens-Konzern will den Betrieb aus Rationalisierungsgründen schließen und die Produktion verlagern. Offensichtlich, um angesichts des anhaltenden Widerstands der Belegschaft und des wachsenden Protests in der Öffentlichkeit vollendete Tatsachen zu schaffen, hatte die Firmenleitung in einer Nacht- und Nebelaktion mit der Demontage von vier Wickelmaschinen begonnen.

Bereits am Mittwoch letzter Woche hatte die Firmenleitung in einem Aushang darauf hingewiesen, daß „jede Behinderung der Verlagerungsmaßnahmen, insbesondere des Abbaus von Maschinen — auch außer der Arbeitszeit (...) rechtswidrig" sei. Ferner drohte die Firmenleitung, daß „Mitarbeiter, die sich an solchen Behinderungen beteiligten, hierdurch den Bestand ihres Arbeitsverhältnisses gefährden und Ansprüche aus dem abzuschließenden Sozialplan



Die Siemens-Knüppelgarde gegen Trafo-Kollegen

unter Umständen verlieren."

Trotz dieser erpresserischen Drohung der Geschäftsleitung belagerten Kolleginnen und Kollegen am Freitag das Tor, um den Abtransport der Wickelmaschinen zu verhindern. Zunächst mit Erfolg. Nach Diskussionen der Fahrer mit den Kolleginnen und Kollegen am Tor, machten die drei LKWs erst einmal kehrt.

Am späten Nachmittag kam es zu zwei Polizeieinsätzen. Die Polizisten trugen die Kolleginnen und Kollegen, die das Tor blockierten, weg und sperrten sie in Polizeiwagen. Den vorläufig festgenommenen Kolleginnen und Kollegen, die nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, droht nach Polizeiverlautbarungen eine Anzeige wegen Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt u.a.

Fortsetzung auf Seite 4

Nach der NRW-Wahl:

Kohl in Schwierigkeiten

Die heftige Kritik aus der CSU und aus dem Lager der Kapitalistenverbände zeigt es deutlich: Die Regierung Kohl ist in Schwierigkeiten. Nicht etwa in dem Stil, wie es Blätter wie „Der Spiegel" fast jede Woche prognostizieren, sondern nach der Wahlschlappe von NRW in einer zunehmend offeneren politischen Auseinandersetzung.

Was in den letzten Wochen und Monaten aus dem Lager der Kapitalisten nur in einzelnen Stimmen, etwa von sogenannten Mittelständlern und eher verhalten vorgetragen wurde, das wurde in der Woche nach der Landtagswahl wesentlich deutlicher und schärfer vorgebracht. Der einhellige Tenor der Stellungnahmen von dieser Seite: Mit der Politik der Wende geht es weder schnell noch konsequent genug. Zum politischen Sprecher dieser Art Kritik an der Regierung hat sich flugs die FDP gemacht, die ihr Versprechen, nach der Wahl nicht groß aufzutrumpfen nur wenige Tage hielt: Die Riege um Graf Lambsdorff sah sich nicht daran gebunden.

Ebenfalls die Stoßrichtung mangelnder Konsequenz ist in der Kritik aus den Reihen der CSU beinhaltet, die Strauß bereits am Wahlabend einleitete, auf dem niederbayerischen Bezirksparteitag verstärkte und bei der jetzt erstmals auch Bonner Minister, wie Friedrich Zimmermann mitziehen. Ihnen geht es einmal um einen verstärkten Kurs auf den Abbau demokratischer Rechte, rund um das Schlagwort „Vermummungsverbot", zum anderen soll eine solche, deutlicher reaktionäre Politik aber vermehrt „sozial abgefedert" werden.

Dies wiederum ist ein Bestandteil von Kritik, wie sie auch aus den Reihen der CDU selbst kommt, die dahin geht, es mit der Sparpolitik, mit dem Sozialabbau zumindest zunächst sein zu lassen, ein — nicht so genanntes — Konjunkturprogramm vor allem für die Bauwirtschaft zu verabschieden und anderes mehr.

Fortsetzung auf Seite 2

Weil Reagan beleidigt ist

Bonn bedroht Managua

Die Diplomaten des Bonner Auswärtigen Amtes machen Reagansche Politik. Der Lateinamerika-Beauftragte des Auswärtigen Amtes lud den nicaraguanischen Botschafter vor und der Bonner Botschafter in Managua wandte sich an die sandinistische Regierung. Ihr Ziel: sie wollen eine formelle Entschuldigung von Daniel Ortega haben. Dieses Verlangen wird von massiven Drohungen begleitet.

Anlaß der Aktivitäten der Bonner Diplomaten ist einmal eine Rede Daniel Ortegas, die er während des Besuchs in der DDR hielt. Ortega hatte gesagt, die Regierung Kohl mache sich *„zum Komplizen der Reagan-Politik bei der Auslöschung des nicaraguanischen Volkes"*. Die zweite Formulierung, für die Bonn eine Entschuldigung verlangt, stammt vom nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramirez. Er hatte in Managua gesagt, daß es kein Zufall sei, wenn ein US-Präsident 40 Jahre nach der Niederlage des Faschismus *„auf dem Friedhof von Bitburg auftauche, um Nazi-Offizieren der SS Tribut zu zollen."*

Ausgerechnet die Bonner Regierung, die es widerspruchslos hinnahm, daß Reagan sein verbrecherisches Handelsembargo gegen Nicaragua von Bonn aus verkündete, spielt nun die Beleidigte. Aus Bonn war zu hören, daß man, falls keine „Richtigstellung" aus Managua komme, „keinen Wert" auf einen Besuch Ramirez' lege, der Ende Mai eine Europareise beginnt. Von Bonn bestritten, aber vom „Spiegel" gemeldet, wurden auch massive wirtschaftliche Drohungen. Von der sofortigen Rückzahlung aller Auslandsschulden Nicaraguas an Bonn bis hin zur „Überprüfung" der Entwicklungshilfeprogramme des DED und der Aufkündigung der wenigen gemeinsamen Projekte ist die Rede. Diese Bonner diplomatische Offensive bestätigt eindringlich die Worte über die Komplizenschaft Bonns im Kampf der USA gegen Nicaragua.

Nordatlantische Versammlung

Beratungen über das SDI-Programm

Das US-amerikanische Weltraumrüstungsprogramm, kurz SDI genannt, war Gegenstand einer Beratung der Nordatlantischen Versammlung. Dieser Versammlung gehören Parlamentarier aus allen NATO-Staaten an. Präsident Ronald Reagan hatte den Direktor der SDI-Abteilung aus dem US-Verteidigungsministerium, John Gardner, geschickt.

Der Versammlung — die in Stuttgart unter der Sicherheitsstufe 1 abgehalten wurde — versuchte der Vertreter der USA das SDI-Programm schmackhaft zu machen. Neben den „sicherheitspolitischen" Aspekten, soll auch die Mitarbeit an weit fortgeschrittener Technologie die westeuropäischen Staaten zu einer Beteiligung an dem Milliarden-Rüstungsprojekt bewegen.

Insgesamt wurden die Vorstellungen der USA bei der Versammlung skeptisch aufgenommen. Die Parlamentarier aus Dänemark und Norwegen lehnten rundweg eine Beteiligung ab, die französischen Vertreter ebenfalls, wenn auch aus anderen Motiven als die Skandinavier. Nur aus Großbritannien erhielt das SDI-Programm ungeteilte Zustimmung.

Der Bundeswehrinspekteur General Altenburg kritisierte das Programm nicht grundsätzlich, sah aber noch viele offene Fragen. Die von der Regierung Kohl gewünschte gemeinsame europäische Antwort auf die Vorstellungen der USA wird wohl nicht zustandekommen. Nachdem auch Vertreter der Industrie den märchenhaften Versprechungen nicht ganz glauben wollten, die aus dem Pentagon denjenigen gemacht werden, die sich an dem Projekt beteiligen, hat sich viel Skepsis in Bonn breitgemacht.

Kohl in Schwierigkeiten

Fortsetzung von Seite 1

So sehr diese Kritiken verschieden sind und ineinander überlaufen, so sehr werden zwei Punkte deutlich. Erstens: Kohl ist mit seiner Stellungnahme vom Wahlabend, es müsse nur die Bonner Regierungspolitik besser dargestellt werden, nicht durchgekommen, es werden sachliche Veränderungen gefordert. Es bestätigt sich, was sofort nach der Wahl bei genauer Betrachtung zu erwarten gewesen war: Daß es in den Reihen der großen Regierungspartei zu einer Auseinandersetzung zwischen den Alternativen, den Kurs härter zu fahren oder sich wieder etwas mehr als Volkspartei darzustellen, kommen würde. Wobei freilich der Auftrag, mit dem die Wenderegierung für das Kapital angetreten ist, ihr sehr wenig echten Spielraum übrig läßt.

So scheint denn die Debatte um das Vorziehen der so lautstark angepriesenen Steuerreform, ihre Durchführung in einem Schritt das zu sein, was sich eine Woche nach dem Beginn der Auseinandersetzung am ehesten abzeichnet. Wobei dieses Vorziehen seiner Bedeutung nach eindeutig ist, denn gerade mit dem geforderten zweiten Schritt ist die Bevorteilung der Reichen und Kapitalisten besonders stark bezweckt.

In der vergangenen Woche jedenfalls wurden in der losbrechenden Debatte fast ebenso viele unterschiedliche Nuancen bei den nächsten politischen Schritten sichtbar wie es Sprecher gab. Eines nur war allen diesen Stellungnahmen gemein: Ob offen oder verdeckt, erstmals kam der Kanzler beim eigenen Gefolge in die Kritik. Nicht nur weil er als Wahlsieger bisher außerhalb jeder Kritik in der Union stand, wird dies für ihn neu sein. Denn schließlich ist die CDU heute ja auch die Partei, die Kohl selbst in den 70er Jahren maßgeblich auf- und ausgebaut hat, die er auf die Positionen des Neokonservatismus festgelegt und hart durchorganisierthat (der „Abschuß" Barzels, im Zusammenhang mit der sogenannten Spendenaffäre publik geworden, war von dieser Kampagne nur die Spitze des Eisbergs).

Heftige Vorwürfe an Schmude

„Deutschlands Untergang"?

Ausgesprochen heftig waren die Reaktionen auf die Rede, die der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und frühere Justizminister Jürgen Schmude (SPD) am Freitag letzter Woche vor dem „Kuratorium unteilbares Deutschland" gehalten hat. Dabei hatte Schmude darüber gesprochen, daß es möglicherweise nützlich sei, das sogenannte Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen.

Schmude stellte zwar in den folgenden Tagen sofort klar, daß es ihm weder darum gegangen sei, eine Position seiner Partei zu formulieren, noch etwa darum, die „staatliche Einheit" als Ziel jeglicher Deutschlandpolitik in Frage zu stellen — aber das nützte ihm wenig.

Ins besondere der rechte Flügel, aber auch die gesamten Unionsparteien warfen sich regelrecht auf diese Rede. Nicht nur der rechte Kläffer Todenhöfer witterte „Verrat", auch sein Vorsitzender Strauß sah wieder einmal „Deutschlands Untergang" am Horizont heraufziehen — dann nämlich, wenn eine solche Änderung der Verfassung tatsächlich geschehe. Selbstverständlich ließ sich auch ein Alfred Dregger diese „Gelegenheit" zu hetzen nicht entgehen, und auch Kohl, Aufwind für seine Anti-SPD-Kampagne witternd, schlug in diese Kerbe.

Wenig erstaunlich, daß auch aus der rechten SPD-Riege sofort Stimmen des Protestes laut wurden, am lautesten einmal mehr die von Hermann Rappe, der sich auch hier als national und staatstragend zu profilieren wußte.

Angesichts der jüngsten politischen Debatten wie etwa um den Besuch des US-Präsidenten war es zu erwarten, daß eine solche Äußerung wie die Schmudes von den Unionsparteien und der FDP regelrecht als ein Sakrileg, als Verbrechen an einem Heiligtum dargestellt werden würde. Ebenso war es zu erwarten gewesen, daß die CDU/CSU damit ihre Kampagne die SPD — ungerechtfertigterweise — des „Anti-Amerikanismus" zu bezichtigen, fortsetzen würde.

Dies alles einmal ausgeklammert, bleibt doch eigentlich nur die Frage, was es denn zu bedeuten hätte, wenn Schmudes Vorschlag sich durchsetzen würde? „Deutschlands Untergang", den Strauß beschwört, der hat schon längst stattgefunden: Insofern als durch den von Hitler-Deutschland angezettelten Weltkrieg und durch die Spaltungspolitik der Westalliierten zusammen mit der Bonner Reaktion das einheitliche Deutschland seit fast vier Jahrzehnten von der Bildfläche verschwunden ist.

Nein, was geschehen würde, wäre, daß den Revanchisten eines ihrer Grundargumente auf rechtlichem Gebiet verloren ginge für ihre Politik, deren Wesensbestandteil nach wie vor die Nichtanerkennung der DDR als eigener Staat ist. Schmude beteuert nun, so hart habe er es keinesfalls gemeint, es sei eine bloße Überlegung um Prioritäten gewesen — und in der Tat hat es da schon wesentlich weitergehende Überlegungen von verschiedenster Seite aus gegeben. Wie er es gemeint hat, soll sein Problem bleiben. Und niemand kann meinen, allein mit einer solchen Verfassungsänderung sei dem Revanchismus die Grundlage entzogen — aber trotzdem wäre so ein Schritt natürlich eine politische Wendung, die reaktionäre Bestrebungen nicht fördert sondern hindert.

Wichtigstes aktuelles Fazit allerdings bleibt, wie hektisch diese Leute alle werden, einschließlich der prominentesten Führungsmitglieder, wenn ihre reaktionären Heiligtümer auch nur einmal angekratzt werden. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR erneut zu fordern — das ist der Beitrag, den all jene, die an der Bewahrung des Friedens interessiert sind, am besten in diese Debatte einbringen können.

Unternehmerverbände:

Neue Lohnformel — altes Ziel: Lohnsenkung

So läßt sich knapp ein Ergebnis der Versammlungen von BDA (Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände) und BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) aus den letzten zwei Wochen zusammenfassen.

Orientiert an dem Spruch ihrer Regierungen vom Weltwirtschaftsgipfel — „Wir werden größere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit auf allen Märkten, besonders auf dem Arbeitsmarkt, fördern", gingen die Herren in die Vollen.

In einem Interview mit der „Zeit" forderte Günter Jucho, Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternemer die „Aufbrechung überholter Wirtschaftsstrukturen — zur Disposition stehen Tarifverträge, Ladenschluß und Subventionen sowie das Arbeitsvermittlungsmonopol."

Ähnlich zur Sache ging auch BDA-Chef Esser. Unterstützt vom ebenfalls anwesenden Strauß aus Bayern forderte er die Durchführung der Steuerreform schon in einem Schritt im nächsten Jahr. Strauß ergänzte um die Forderung nach Streichung der Milliarden-Subventionen für die Sparförderung; während bisher unter dem Schlagwort „Subventionsabbau" immer verstanden wurde Unternehmersubventionen abzubauen, also eine neue Sprachregelung — die Sparer werden „subventioniert".

Beide forderten auf der Geschäftsführerkonferenz — die sinnigerweise in Bayern stattfand — das schnellstens eine Gesetzeskorrektur am § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes vorgenommen werden solle — durch den beim Streik Kurzarbeiter Kurzarbeitergeld von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten. Esser sprach sich erneut für „flexiblere Arbeitszeitregelungen, Differenzierungen zwischen den Tarifverträgen bei der Einordnung in Lohngruppenkataloge, befristete Arbeitsverträge" aus.

Gleichzeitig forderte er — trotz Lippenbekenntnis zum Subventionsabbau — „Lohnzuschüsse, um schwer vermittelbare Arbeitslose wieder zu beschäftigen."

In einem Abschiedsinterview von seinem Posten als Gesamtmetallpräsident entwickelte Herr Thiele eine „neue Idee" — seiner Meinung nach müßten „die Tarifparteien die Frage diskutieren, ob nicht tarifvertragliche Erfolgsbeteiligungen ein Schritt sein könnten, um einen weiteren Weg zu öffnen, um die Lohnpolitik flexibler zu gestalten, der unterschiedlichen Ertragslage der Unternehmen besser gerecht zu werden und vor allem um Lohnzurückhaltung zu einem gemeinsamen Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu machen."



Der BDI forderte durch seinen Präsidenten Langmann von Merck auf seiner Mitgliederversammlung von der Bundesregierung u.a.:

- Der Kurs des Beschäftigungsförderungsgesetzes müsse fortgesetzt und ausgeweitet werden.
- Es dürfe kein „Junktim" (gegenseitige Bedingung) von Subventionsabbau und Entlastung der Unternehmer von Steuern geben. Die steuerpolitische Halbzeitbilanz der Bundesregierung befriedige ihn keineswegs, ließ er verlauten.
- Die deutsche Industrie erwarte, daß die Bundesregierung nunmehr ernsthaft eine Reform der Unternehmensbesteuerung in die Wege leite, u.a. die Abschaffung der Gewerbesteuer durchführe.

Kern der überall breitgetretenen „Neuen Lohnformel" der BDA ist die zugrundeliegende **Voraussetzung** und das **Ergebnis**, das erzielt werden soll. Zur Berechnung siehe Kasten.

Voraussetzung ist, daß „auch auf absehbare Zeit mit einer hohen Zahl von Arbeitslosen zu rechnen ist, deshalb müssen künftig bei der Orientierung der Löhne die Arbeitslosen quasi mit am Tisch sitzen." So Esser, als Spitzenmann gerade der Unternehmer, die für den Rausschmiß von Tausenden von Beschäftigten aus den Betrieben verantwortlich sind, die scheinheilig die Arbeitslosen „mit an den Tisch" holen wollen — um so insgesamt die Löhne zu drükken — sprich „Arbeitsplatzbesitzer" zu Opfern für die „Nichtbesitzer" zu zwingen.

Das Ziel und Ergebnis der neuen Lohnformel ist ebenfalls deutlich ausgesprochen worden: Der Chefökonom der Deutschen Bank, Dr. Trouvain, machte es klar: „Wenn diese Regel bereits in der Vergangenheit angewandt worden wäre, hätten sich deutlich niedrigere idealtypische Lohnzuwachsraten **als nach jeder anderen Lohnformel** ergeben. Z.B. zwischen 1970 und 1984 wären dann nicht — wie bisher — 43,8 Prozent Produktivitätssteigerung zu melden gewesen, sondern nur 32,3 Prozent."

Damit ist klar, die Vorbereitung von Seiten der Unternehmer für die kommenden Tarifrunden haben begonnen, auch am Lohn soll weiter gedrückt werden.

Bezüglich der von manchen Vertretern der Unternehmer und der Reaktion beklagten angeblichen starren und einheitlichen Struktur der Löhne, teilte der Hauptgeschäftsführer der bayerischen Arbeitgeverbände interessante Fakten mit: So liegt in der bayerischen Industrie eine tarifliche Ecklohnspanne von fast 42 Prozent zwischen Textil- und Bauwirtschaft. Im Handwerk beträgt diese Spanne über 200 Prozent, im Metallhandwerk allein 49 Prozent.

Aus: Handelsblatt, 13.5.85

Eine neue Basis für die Produktivitätsberechnung

Der BDA-Ausschuß für volkswirtschaftliche Fragen der Einkommensverteilung hat eine Faustregel entwickelt, nach der zwar der Produktivitätszuwachs Maßstab für die Lohngestaltung bleiben müsse, aber nicht alleinige Orientierungsgröße. Es sollten auch diejenigen von dieser Formel berücksichtigt werden, die einen Arbeitsplatz suchten und die zudem wegen des hohen Anteils Arbeitsloser ohne berufliche Qualifikation im Durchschnitt weniger produktiv seien.

Basis der Produktivitätsberechnung sollte daher nicht die Zahl der Erwerbstätigen, sondern die Zahl der Erwerbspersonen, also Erwerbstätige und Arbeitslose, sein.

Damit werde zugleich die demographische Entwicklung in die lohnpolitische Orientierung einbezogen. Alle diejenigen, die einen Arbeitsplatz suchten, säßen dann bei der Verteilung des Volkseinkommens mit am Tisch.

Natürlich sei die Frage erlaubt, ob man bei diesem Konzept nicht auch die nicht in den amtlichen Arbeitslosenzahlen enthaltene sogenannte „stille Reserve" mit in die Rechnung einbeziehen müsse. Da diese „stille Reserve" jedoch eine extrem umstrittene Größe und ihr Umfang in jedem Fall nur mit Hilfe willkürlicher Annahmen zu berechnen sei, hält der Ausschuß ihre Berücksichtigung für ebenso fragwürdig wie die Orientierung an etwaigen potentiellen Wachstumsmöglichkeiten aufgrund ungenutzter Kapazitäten, über deren Größenordnung und Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls nur spekuliert werden könne.

Der Vorschlag, die Produktivität als Quotient aus realem Bruttoinlandsprodukt und Zahl der Erwerbspersonen zu definieren, scheine zunächst nur eine marginale Änderung zu sein. Diese neue „Erwerbspersonenproduktivität" habe gegenüber der herkömmlichen „Erwerbstätigenproduktivität" jedoch wesentliche Vorzüge, die sich vor allem über mittlere und längere Fristen hinweg zeigten.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Das „Daimler-Dornier"-Geschäft:

Von wegen „Entstaatlichung"

Der „Deal des Jahres' ist über die Bühne, die Mehrheitsbeteiligung der Daimler-Benz AG bei den Dornierwerken aus Friedrichshafen steht fest, nachdem auch der letzte der Familienerben sich — mit zusätzlichen Rechten — einverstanden erklärt hatte. Auch das Land Baden-Württemberg ist mit 4 Prozent eingestiegen.

Dabei ist der prozentuale Anteil der Landesbeteiligung sicherlich geringfügig. Dazu kommt noch, daß der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Lothar Späth (CDU) bereits am Tage nach dem Abschluß betonte, er könne sich gut vorstellen, daß das Land seinen Anteil weiterverkaufe, wenn endgültig alles über die Bühne gegangen sei.

Diese Haltung macht um so deutlicher, worum es bei Späths Vorstoß ging und geht: Die Landesregierung betätigt sich als Weichensteller für die kapitalistischen Bestrebungen zur Konzentration — ganz ähnlich wie dies im Fall der Auseinandersetzung um das andere neuentstehende Rüstungskonglommerat, MBB und Krauss Maffei, die bayerische Landesregierung auch tut. Und ganz so, wie es in Späths Baden-Württemberg üblich ist in den vielumjubelten Bereichen neuer Technologien usw.

Von Interesse sind diese Vorgänge — neben ihrer wirtschaftlichen und rüstungspolitischen Bedeutung — vor allem, wenn man sie mit den Thesen und Parolen konservativer Politik vergleicht. So ist ja die Losung der „Entstaatlichung" eine der zentralen Parolen des Neokonservativismus auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik.

Ganz offensichtlich, das zeigen solche Vorgänge, ist damit aber nicht gemeint, daß die Landes- und Bundespolitik aufhören soll, politisch und — vor allem — finanziell die Bestrebungen der Kapitalisten nicht nur zu unterstützen, sondern insgesamt abzusichern.

Vom „Heraushalten des Staates aus der Wirtschaftspolitik" kann auch nicht entfernt die Rede sein, dies ist auch unter keinen Umständen gemeint. Nein, dieser These zufolge soll der Staat durchaus — und zwar mehr noch als bisher — die einkassierten Steuergelder in die Tresore der Konzerne und Banken schaufeln. Und der Staat soll die sogenannten Rahmenbedingungen schaffen bzw. verbessern, unter denen die Kapitalisten ihre Absichten verwirklichen können — jeweils auf die am meisten profitable Weise, die möglich ist. Das geschieht in München und Bonn ebenso wie jetzt, ganz auffällig, in Stuttgart.

Mit der Losung der „Entstaatlichung" sind allein zwei Ziele der Kapitalisten umschrieben: Privatisierung gewinnträchtiger Staatsbetriebe und, vor allem, die Abschaffung staatlicher Reglementierung von Arbeitsgesetzen im weistesten Sinne.

Da kann weder die Rede sein von Leistung, die sich angeblich lohnen soll (außer dem Herstellen guter Kontakte zur Regierung) noch von irgendeinem irgendwie gearteten Unternehmerrisiko (das trägt die Steuerkasse), sondern ausschließlich vom Abbau der Rechte der Arbeiter und Angestellten. Dieser echte Sinn der Losung der „Entstaatlichung" ist in jüngster Zeit selten deutlicher zutage getreten als bei dem Geschäft, das Lothar Späth der Daimler Benz AG zugeschustert hat ...

Verschärfte Auseinandersetzung um Hanauer Atombetriebe

SPD Hessen-Süd gegen „Plutoniumswirtschaft"

Nachdem bereits in den letzten Wochen, durch die Auflagen des hessischen Wirtschaftsministers Steger (SPD) gegen die RBU (Tochterfirma der Nukem, Teil des Hanauer Atomkomplexes, siehe auch RM 20/85) eine verschärfte Debatte um die Atomwirtschaft in der BRD sich abgezeichnet hatte, wird dies durch die Beschlüsse des Bezirksparteitages Hessen-Süd der SPD weiter Auftrieb erhalten.

Nur wenige Tage, nachdem deutlich geworden war, daß die Vorwürfe aus dem Bonner Innenministerium, Steger habe gegen die Rechtslage verstoßen, keineswegs zu halten waren (und nun nach neuen Möglichkeiten gesucht wird, die Auflagen wieder wegzubekommen), und im Anschluß an eine gemeinsame Tagung einer Kommission aus SPD und Grünen zur Frage der Atomwirtschaft fand dieser Bezirksparteitag statt.

Dabei beriefen sich die einen auf den entsprechenden Beschluß des SPD-Parteitages von Essen 1984, der den — langfristigen — Ausstieg aus der Atomwirtschaft vorsieht. Die anderen, die Minderheit, die gegen einen solchen Beschluß für Hessen waren (der sich naturnotwendig auf die Hanauer Nuklearzentren richten mußte), stellten dies alles als bloße Anbiederei an die Grünen dar. Angeführt wurde diese Pro-AKW-Opposition vom Darmstädter Oberbürgermeister Metzger (dem Sinti-Jäger) und der SPD aus dem Kreis Main-Kinzig (in dem Hanau liegt) mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Nukem Wietoska an der Spitze. Bei der Abstimmung stimmten 33 der insgesamt 264 Delegierten gegen den Beschluß. Ihr Argument, wie auch das von Betriebsräten aus der Rüstungsindustrie bei ähnlichen Auseinandersetzungen: die Arbeitsplätze. Dem wurde entgegengehalten, daß es sihc

sich

bei den Eignern der Hanauer Firmen um Konzerne handele, die zu den profitträchtigsten der BRD gehören (RWE, Siemens, Degussa), die zudem seit vielen Jahren Zuschüsse aus Steuergeldern bekommen haben, die verplichtet werden müßten, die Produktion umzustellen.

Im Beschluß wurden vor allem drei Argumente zur Begründung angegeben: die hohen Kosten der Plutoniumverarbeitung, die potentielle Gefahr durch die Weiternutzung zur Atombombe und die Gefahr eines atomaren Polizeistaates.

Sicherlich: Gegen diesen Beschluß läßt sich vieles einwenden. Das finge bereits mit der Begründung an, bei der die ganze Frage der Energiepolitik grundsätzlich keineswegs beachtet wird. Das ginge mit dem Zeitpunkt weiter, der so ohne weiteres nicht einsichtig ist — früher wäre besser gewesen. Und er hat sicher auch mit taktischen Winkelzügen zu tun, in bezug auf die Landesregierung in Hessen. Ähnliches ließ sich auch bereits zu Stegers Auflagen an die RBU sagen und sicher werden solche Einwände in der kommenden Debatte eine Rolle spielen müssen. Tatsache aber bleibt: Dies ist keineswegs, wie schon oft gehabt, ein Beschluß, der zu einem Zeitpunkt gefällt wird, da kein Feuer mehr in einer Auseinandersetzung drin ist. Ganz im Gegenteil. Die Auseinandersetzung sowohl um die Hanauer Atombetriebe im konkreten als auch um die sogenannte Plutoniumswirtschaft im allgemeinen, ist ausgesprochen aktuell.

Die weitere Verarbeitung von Plutonium bei Alkem ist nicht vertretbar (und das bedeutet auch ein Nein zum Schnellen Brüter), so heißt der Beschluß konkret, die Genehmigung für die Anlage, die seit 10 Jahren beantragt ist, müsse, auch gegen den Willen der Bundesregierung, ernsthaft überprüft werden. Kein Beschluß also, der so ohne weiteres zu den Akten gegeben werden kann oder nur als Argument in Wahlauseinandersetzungen benutzt werden kann, sondern einer der politisch Stellung bezieht, mit allen Schwächen, die er beinhaltet und die sich aus der sozialdemokratischen Parteipolitik ergeben.

Zu einigen Frühjahrsgeschäftsberichten

Dividenden-Aufschwung

Vor allem nach der Wahl in NRW beteuerten Kohl und Co. ihre Politik sei eben (vom — natürlich — dummen Wähler) nicht verstanden worden. Betrachtet man eine Reihe jüngst veröffentlichter Geschäftsberichte großer Konzerne, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die Bonner Politik sehr gut verstanden worden ist. Der Aufschwung für Dividende und Gewinne geht weiter.

Wie in der BRD üblich haben auch die genannten Konzerne durch die Bank Aktien in der Anteilshöhe von 50 DM pro Stück.

Auf diese 50 DM, die sie eingesetzt haben, erhielten die Aktionäre in letzter Zeit an Dividenden bei: Volkswagen 5 DM, Beiersdorf 9,50 DM, Preussag 9 DM, Schering 12 DM, KHD 9 DM und Bremer Wolle 7 DM.

Bei diesen relativ willkürlich ausgewählten Konzenen aus verschiedenen Branchen gab es also Dividende zwischen 10 und 24 Prozent — in einem einzigen Jahr wohlgemerkt und ohne die zahlreichen zusätzlichen Vergünstigungen, in deren Genuß Aktionäre durch die Gesetzgebung der Bundesregierung in letzter Zeit gekommen sind.

Spitzenreiter etwa bei der Bankbranche ist die Deutsche Bank, die insgesamt 353 Millionen DM an Dividenden ausbezahlte, so viel wie noch nie eine bundesdeutsche Bank, in der Industrie ist es Siemens. Interessant bei der Betrachtung der jüngst vorgelegten Geschäftsberichte ist es auch, einen Blick darauf zu werfen, wieviel Gewinn denn pro Aktie, also pro 50 DM investiertes Kapital für einige Konzerne im letzten Jahr „drin" war.

Bei VW (das wie oben gezeigt 5 DM ausbezahlte) waren das 45 DM (nach 15 DM im Vorjahr). Bei Daimler Benz lag diese Summe gar bei 58 DM (also bei genau 116 Prozent), bei Siemens gar auf über 70 DM. Das sind die „Rekordhalter", wobei alle diese Zahlen aus den offiziellen Geschäftsberichten (vor Steuern) stammen und dementsprechend frisiert sein dürften. Aber auch diese Zahlen machen deutlich, daß es einen Aufschwung tatsächlich gibt, eben gerade für diese Konzerne und ihre Gewinne. Diese Zahlen zeigen aber auch, daß sich die Lage gerade dieser Betriebe deutlich verbessert hat im Vergleich zu früheren Jahren. Auf die Schaffung von Arbeitsplätzen haben sich diese Rekorde bisher nicht ausgewirkt — mit Ausnahme der überall angewachsenen Zeitarbeitsverträge und Teilzeit. So widerlegen selbst die nackten Zahlen die übliche Regierungspropaganda, daß riesige Gewinne der Kapitalisten Voraussetzung für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit seien. Und da dieser Zustand nun schon mindestens im zweiten Jahr anhält, liegt die Vermutung nicht fern, daß der Wähler in NRW jedenfalls Kohls Politik recht gut verstanden hat.

BRD/Südafrika:

Wieder größter Handelspartner

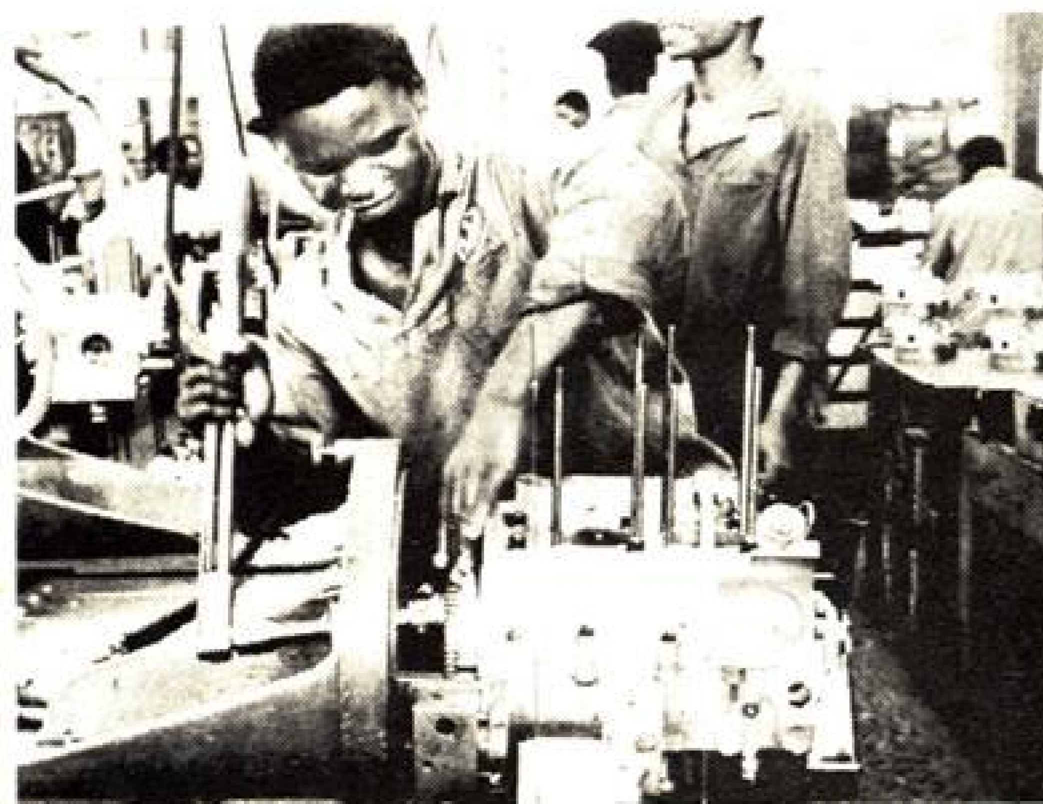
Im vergangenen Jahr erreichte die BRD mit Lieferungen in der Höhe von 5,4 Milliarden DM erneut die Position 1 unter den Handelspartnern des rassistischen Regimes in Südafrika. Mit 5,3 Milliarden DM standen die USA an zweiter Stelle. Aber auch in anderen Bereichen ist die Unterstützung aus Bonn für das Regime zentral.

Aus Anlaß des dritten bundesweiten Bankenaktionstages des Arbeitskreises „Kein Geld für Apartheid" (der aus Mitgliedern der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und der Anti-Apartheidsbewegung besteht) — an dessen Aktionen erstmals auch die Gewerkschaft HBV in breiterem Ausmaß teilgenommen hatte — wurde eine Dokumentation veröffentlicht, in der der Umfang der finanziellen Unterstützung, die aus der BRD nach Südafrika fließt, dargestellt wird.

Die finanzielle Lage des Rassistenregimes hat sich in den letzten fünf Jahren erheblich verschlechtert. In diesem Zeitraum hat sich die Auslandsverschuldung auf 67,5 Milliarden DM verdoppelt, der Wechselkurs des Rand halbiert.

Die Proteste am Aktionstag (siehe dazu auch RM 20/85) richteten sich vor allem gegen die Dresdner Bank, die an der Plazierung von neun öffentlichen Anleihen von zusammen über 1 Milliarde DM im letzten Jahr beteiligt war. Allein 100 Millionen DM dieser Anleihen erhielt die halbstaatliche Verkehrsgesellschaft SATS, die — beispielsweise — den Transport südafrikanischer Truppen nach Namibia organisiert. Außerdem ist die Dresdner Bank an der Kolonialbank SWABANK in Namibia beteiligt.

Die protestierenden Mitglieder des Arbeitskreises ernteten auf der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank nichts als wüsteste Beschimpfungen von Seiten der feinen Herren im Nadelstreifen.



VW-Arbeiter in Südafrika schaffen Profit fürs westdeutsche Kapital

Die Argumente gegen die Kritik an der Unterstützung für die Apartheid in der Öffentlichkeit klingen da etwas anders, wenn auch altgewohnt: Man müsse eben Geschäft und Politik trennen (und notfalls halt auch den Tod verkaufen, lautet die Schlußfolgerung) und außerdem diene diese Geschäftemacherei ja auch dazu, den Wohlstand auch der Schwarzen zu mehren. Was als Argument erstens im Widerspruch steht zu dem vorher Gesagten und zweitens erst recht im Widerspruch steht zu den Tatsachen.

Gerade vor dem Hintergrund der neuen Welle brutaler Unterdrückung von jeglicher Art Widerstand wird die westdeutsche Unterstützung für das rassistische Regime, die nun schon Jahrhunderte andauert, in der Öffentlichkeit verstärkt debattiert werden. Dazu bleibt als abrundende Tatsache festzuhalten: Die BRD ist nicht nur Handelspartner Nr. 1, wie eingangs erwähnt, sondern auch — hinter den USA — Geldbeschaffer Nr. 2 für das Regime. Für die beteiligten westdeutschen Banken und Konzerne ein Geschäft, das sich allemal lohnt.

Personalvertretungsrecht

Reaktionäre Bestimmungen zuhauf!

Selbst nach Meinung der Europäischen Kommission enthalten die Landespersonalvertretungsgesetze in Baden-Württemberg und Bayern eine Reihe reaktionärer Bestimmungen. In beiden Gesetzen ist festgehalten, daß ausländische Kandidaten nicht aufgestellt werden dürfen.

Auf Anfrage des DGB hatte die Generaldirektion für soziale Angelegenheiten der EG-Kommission dies mitgeteilt. Hintergrund war die Streichung zweier ausländischer Kolleginnen beim Jugendamt der Stadt Stuttgart.

Die Spaltung ist nach diesem Gesetz soweit getrieben, daß die ausländischen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst in diesen beiden Bundesländern eine „Vertretung der ausländischen Beschäftigten" wählen. Diese hat allerdings so gut wie keine Rechte, keinen Kündigungsschutz u.ä.

ÖTV und DGB fordern seit langem eine Änderung dieser Bestimmungen. SPD und Grüne haben bereits mehrfach Gesetzesentwürfe dazu vorgelegt, die allesamt scheiterten.

In Niedersachsen wurde Mitte April ein neues Personalvertretungsgesetz verabschiedet. Es enthält keine Fortschritte in bezug auf die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen, wie z.B. in Hessen, sondern eher Rückschritte.

So bleibt die Einführung von Personalinformationssystemen außerhalb des Mitbestimmungskatalogs — im Gegensatz zur allgemeinen Rechtsprechung selbst des Bundesarbeitsgerichts.

Auch bei Vorkehrungen des Datenschutzes hat der Personalrat nichts zu melden.

Die bisherige Einigungsstelle bei Streitigkeiten zwischen Personalrat und Dienstherrn wird entmachtet, stattdessen in wichtigen Fragen das Letztentscheidungsrecht direkt auf den Dienstherrn übertragen.

So z.B. in § 107 Absatz 5: „Im Falle der Einstellung und Eingruppierung tritt an die Stelle der Entscheidung der Einigungsstelle eine Empfehlung an den höheren Dienstvorgesetzten, der endgültig entscheidet. Gleiches gilt im Falle der Kündigung im Zusammenhang mit organisatorischen Änderungen."

Mit diesen Bestimmungen reiht sich das Niedersächsische Personalvertretungsrecht ein in die Maßnahmen der Wendeparteien zur Aushöhlung der Rechte der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften.

Gefängnisaufseher oder Mafiaboß?

„Der Herrgott nimmt das nicht so genau"

Bemerkungen zum 1. Deutschen Personalleiter-Kongreß

Am 2. und 3. Mai fand in Wiesbaden der 1. Kongreß der Personalleiter statt. Darunter sind die Spitzenleute der Personalabteilungen zu verstehen, die direkt unter dem zuständigen Vorstandsmitglied angesiedelt sind.

Anwesend war die Creme der Deutschen Industrie: Reemtsma, Klöckner-Humboldt-Deutz, IBM, Grundig, BMW, Commerzbank, Hoechst, Unilever, MTU, Siemens. Diese Namen reichen, sie sind zugleich Programm — Programm für eine „individuell, flexibel und zukunftsorientierte" Personalpolitik wie das Motto lautete.

BMW hat dies ja deutlich gemacht: die drei Berliner BMWler, die seit über einem Jahr gegen das Unternehmen streiten, können ein Lied davon singen.

Aber, man sollte die Probleme mal aus der Sicht der betroffenen Personalleiter sehen. Da hieß es z.B. „Personalleiter sind erheblichen Belastungen ausgesetzt. Das führt häufig zu einer breiten Frustrationsspanne."

So wundert es dann nicht, daß die Herren Personalleiter in einer Arbeitsgruppe darüber nachdachten, wie man Betriebsräte dazu bringen kann, sich freiwillig am Abbau von Sozialleistungen zu beteiligen. Das würde doch dann die „Frustrationsspanne" der Personalleiter senken — oder?

Natürlich durften die verschiedenen Forderungen der Reaktion nicht fehlen: angefangen von neuen Entlohnungsklassen für Arbeitslose und Jugendliche, über mehr Flexibilität bis hin zum bewährten Prinzip „säe Zwietracht und herrsche".

Begleitet wurde dies neben einem netten Grußwort von Birne Kohl und einem Referat Riesenhubers „Neue Techniken und aktive Personalarbeit" durch die verschiedensten „Wissenschaftler".

Erwähnenswert ist auch, daß die Herrn Esser, Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber und Herr Döding, Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuß je ein Referat zum Thema „Aktive Personalarbeit" hielten.

Döding, offensichtlich Feigenbaltt, war der einzige Gewerkschaftsprominente auf der Tagung. Dafür aber war der Herr Wallraff vertreten — nicht eingeschlichen hatte er sich, nein, er war offizieller Teilnehmer der Diskussionsrunde „Das Berufsethos des Personalleiters". So verkündete er, „mitten in den Zentren der kapitalistischen Wirtschaft gibt es Humanisten" — was den Personalleiter von Grundig veranlaßte zu bemerken „Ohne Mistus kein Christus".

Im Fortgang der Debatte ging es dann um die Fragen von Entlassungen, Rationalisierungen usw. Auch da hatte Wallraff einen Spruch bereit: „Man kann da nicht von Schuld reden — man muß dann eben kapitulieren, und — in Abwandlung eines Luther Spruchs — sagen: Gott helfe mir, ich kann nicht anders. Moralische Skrupel können aufkommen, aber der Herrgott nimmt das nicht so genau."

Zum Schluß der Debatte brachte Wallraff es auf den Punkt:

„Weil die jungen Atheisten heute keinen Teufel mehr haben, brauchen sie einen neuen und finden ihn im ökonomischen System."

Da ist ihm der alte Teufel mit Hinkefuß wohl lieber — übrigens, damit man ihn nicht verwechselt: die Rede ist vom Junggesellen und Jesuitenpater Prof. Wallraff, 72 Jahre, aus Frankfurt.

Und von wegen „Mafiaboß". Ein Herr Loos, Arbeitspsychologe aus Mülheim, trug das Ergebnis einer Analyse von Zeitungsanzeigen vor. Demnach würden von Personalleitern Eigenschaften erwartet wie „durchsetzungsfähig, belastbar, leistungswillig usw." Der Arbeitspsychologe kam zu dem Befund, daß diese Eigenschaften durchaus auch auf den Aufseher und Mafiaboß zuträfen.



Hunderte von Kollegen warten auf Ihr Recht:

„P"-Schichten bei P+S

Bei den Stahlwerken P+S gibt es Schichtenpläne, bei denen die Kollegen nicht in jeder Woche am gleichen Tag (z.B. Samstag) frei haben, sondern wo die Freischicht in jeder Woche wechselt. (Z.B. eine Woche Samstag frei, nächste Woche Montag frei). Diese Kollegen wären bei einem Feiertag, der auf einen Montag fällt um die Feiertagszahlung betrogen. Aber glücklicherweise gibt es ja den Tarifvertrag zur Stahlnovelle. Der regelt, daß Kollegen mit wechselnden Freischichten für einen Wochenfeiertag, der auf ihre unbezahlte Freischicht fällt, eine zusätzliche bezahlte Freischicht bekommen (P-Schicht).

Soweit könnte also alles in Ordnung sein und war es jahrzehntelang auch. Bis im letzten Jahr die Sparkommissare von P+S ausprobieren wollten, was sich die Belegschaft so alles gefallen läßt: die P-Schichten, die den Kollegen am Ostermontag und Pfingstmontag zustanden, wurden Hunderten von Kollegen in den Werkstätten einfach nicht gegeben. Der Betriebsrat hat uns dann monatelang vertröstet.

Erst hieß es, der Betriebsrat geht vors Gericht. Dann hat das Gericht angeblich gesagt, die betroffenen Kollegen müssen selber klagen. Auf der Betriebsversammlung im Sommer 84 haben wir alle unterschrieben, daß wir gegen P+S unsere P-Schichten einklagen. Aber dann ist doch keine Klage eingereicht worden. Offensichtlich wollte der Betriebsrat uns nur beruhigen.

Inzwischen ist mit einem Jahr Verspätung die Klage eingereich worden.

Da kann sich keiner von den Herren Betriebsräten herausreden: hier läuft eine riesengroße Schlamperei. Aber es paßt haargenau zusammen: Am schwarzen Brett hängt ein Aushang „Der Betriebsrat informiert". Da heißt es wörtlich: „Vorstand und Betriebsrat haben ein Gesundungsprogramm für das Werk Peine in Angriff genommen."

Korrespondenz eines stinksauren Kollegen, der immer noch auf seine P-Schicht wartet. (Aus: „Heißes Eisen", KPD-Betriebszeitung für das Peiner Walzwerk)

Polizei prügelt für den Siemens-Profit

Fortsetzung von Seite 1

Der Polizei gelang es durch diese Einsätze, den drei LKWs, die die demontierten Maschinen abtransportieren sollten, den Weg ins Werk zu bahnen. Die Belagerung des Tors aber wurde fortgesetzt.

Kurz nach 23.00 Uhr wurde das Gelände um das Werk mit Polizeiketten abgesperrt. Ca. 90 Polizisten liefen mit Helmen und langen Schlagstöcken auf das Tor zu. Ohne Warnung, ohne Aufforderung, das Tor freizumachen, wurde losgeprügelt. Ein Kollege wurde niedergeworfen, Polizisten fielen über ihn her. Ein anderer Kollege, der mit den Polizisten diskutieren wollte, erhielt einen Faustschlag ins Gesicht. Dem Betriebsratsvorsitzenden Heinz Hummler, der mit einem Megaphon auf einem Wagen stand, wurde nicht nur das Megaphon entrissen, Polizisten versuchten auch, ihn vom Wagen zu stoßen. Einer Pressefotografin wurde die Kamera entrissen.

Zum Einsatz kamen nicht nur Stuttgarter Polizeibeamte, sondern auch Beamte des Spezialeinsatzkommandos und Göttinger Bereitschaftspolizei. Dazu wurde von der Polizei erklärt, die Anti-Terror-Truppe und die auswärtige Bereitschaftspolizei seien wegen der Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung in Stuttgart gewesen und somit zur Verfügung gestanden. Wie denn? Nur weil eine ausgesprochene Bürgerkriegstruppe wie das Spezialeinsatzkommando zur Verfügung steht, wird sie auf Arbeiter losgelassen, die einen verzweifelten Kampf um ihre Arbeitsplätze führen? „Die haben uns behandelt wie Terroristen", so brachten Kollegen ihre Empörung zum Ausdruck.

Die Stuttgarter Polizei hat den Knüppeleinsatz gegen die Kolleginnen und Kollegen als „in jeder Hinsicht angemessen" bezeichnet. Die Stuttgarter IG Metall hat Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Einsatzleiter und Strafanzeigen gegen die Polizeibeamten angekündigt.

Der Stuttgarter IGM-Bevollmächtigte Klaus Zwickel erklärte: „Die Erfahrungen, die die englischen Bergarbeiter mit der Polizei machen mußten, haben wir nur unter englischen Verhältnissen für denkbar gehalten. Unsere Erfahrung vom Freitag hat uns blitzartig deutlich gemacht, wie sich die Bilder gleichen."

Meldungen

BAG-Urteil zur Teilzeitarbeit

Der 7. Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel hat in einem Urteil entschieden, daß der Umfang der Arbeitszeit von Teilzeitarbeitskräften nicht „von Fall zu Fall" durch den Unternehmer festgelegt werden darf. Einzelarbeitsverträge, die es dem Unternehmer gestatten, die Arbeitszeit einseitig zu verringern, sind nach diesem BAG-Urteil nichtig, weil sie das Kündigungsschutzgesetz umgehen. Bei dem Verfahren ging es um eine Klage von Musiklehrern aus Mönchengladbach, die sich dagegen zur Wehr setzten, daß die Stadt ihre wöchentliche Arbeitszeit einseitig wegen rückläufiger Schülerzahl um bis zu sechs Stunden verringern wollte.

Saarbergbau: Tarifverhandlungen gescheitert

Der Vorstand der IG Bergbau und Energie hat die Tarifverhandlungen im Saarbergbau für gescheitert erklärt. Offensichtlicht vor allem, weil die Saarbergbau-Bosse jede Arbeitszeitverkürzung ablehnen. Im Ruhrbergbau ist kürzlich eine Tarifvereinbarung abgeschlossen worden, die von 1986 bis 1989 jährlich zwei zusätzliche Freischichten vorsieht.

HBV-Abschluß in NRW

Auch im nordrhein-westfälischen Einzelhandel ist es nun zum Tarifabschluß gekommen. Vereinbart wurde die Einführung der 38,5-Stunden-Woche ab Januar 1986. Löhne und Gehälter werden rückwirkend ab 1. April dieses Jahres um 2,5 Prozent und am 1. April 1986 um weitere 2,1 Prozent erhöht. Damit wurde in acht der 11 Tarifbezrike abgeschlossen. Ohne Tarifvereinbarung sind noch Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.



GEW-Arbeitsmarktkonferenz

Auf der zweitägigen Arbeitsmarktkonferenz der GEW standen die Jugendarbeitslosigkeit, die Arbeitslosigkeit von Akademikern und natürlich insbesondere die Lehrerarbeitslosigkeit im Mittelpunkt.

Die GEW-Vertreter protestierten gegen die Pläne der Finanzminister, in den kommenden Jahren keinen Lehrer mehr einzustellen. GEW-Vorsitzender Wunder machte deutlich, daß dies nicht nur für die arbeitslosen Lehrer verhängnisvoll wäre. Er wies darauf hin, daß es bei Verwirklichung dieser Pläne 1992 keinen Lehrer an bundesdeutschen Schulen geben würde, der unter 35 Jahre alt wäre, während die Masse der Pädagogen auf die 50 zuginge.

Auch die Forderung der Bund-Länder-Kommission, jährlich wenigstens einen „Einstellungskorridor" von jährlich 7000 Stellen offenzuhalten, wurde von den GEW-Vertretern als unzureichend abgelehnt. Das gilt auch für den Vorschlag des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaft, Hans-Jürgen Krupp, Neueinstellungen durch Gehälterabbau zu finanzieren.

Die GEW fordert staatliche Beschäftigungsprogramme. Wunder: „Wo hinreichender politischer Druck besteht, wird Geld lockergemacht."

RGO-Nachrichten 2/85

Verbilligung der Ware Arbeitskraft

Diskussionspapier von Hartmut Siemon

Die RGO-Nachrichten Nr. 2/85 sind erschienen. Ihr Schwerpunktthema heißt: „Gewerkschaften und Wenderegierung — Anpassung oder Widerstand?". Dazu werden eine Reihe von Artikeln zur Diskussion innerhalb des DGB dokumentiert. Die RGO-Nachrichten enthalten außerdem ein umfangreiches Thesenpapier als Anstoß zur Diskussion in der RGO. Wir veröffentlichen im folgenden den letzten Teil dieses Thesenpapiers „Verbilligung der Ware Arbeitskraft".

So läßt sich eine der wichtigsten Zielrichtungen der entscheidenden finanz-kapitalistischen Kreise und der Reaktion insgesamt in der derzeitigen Lage kennzeichnen.

An diesem Punkt ist die Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in diesem unserem Lande dringend erforderlich. Um diese Fragen finden innerhalb der Gewerkschaften derzeit wichtige Auseinandersetzungen statt, auch in der Form des öffentlichen Disputs führender Gewerkschaftsfunktionäre — Auseinandersetzungen, die für die weitere Entwicklung und Widerstandsfähigkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung große Bedeutung haben, an denen wir als klassenkämpferiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht achtlos vorbeigehen dürfen, in die wir aktiv in den Betrieben, den Funktionärsversammlungen usw. eingreifen müssen.

Versucht man als erstes, die Hauptangriffspunkte derzeit konkret zu benennen, so gibt es in erster Linie zwei große Bereiche: Einmal der Bereich der sogenannten Lohn- und Gehaltsnebenkosten — dazu gehören angefangen von betrieblichen Sozialleistungen, wie Essen- und Kantinenzuschüssen bis hin zum wichtigsten Bereich der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung insbesondere die eben erwähnten kollektiven Versicherungs- und Schutzsysteme. Hier sind schon seit den Zeiten der sozialliberalen Koalition die verschiedensten Einschnitte und Abbauten erfolgt, von der Wenderegierung fortgesetzt und weitergetrieben. Alle Stellungnahmen der Unternehmer und ihrer Regierung weisen deutlich darauf hin, daß hier noch einiges an weiteren Maßnahmen zu erwarten ist. Am klarsten wird dies bei der Frage der Rentenversicherung und der Krankenversicherung, die beide auch den größten Teil innerhalb der sogenannten Sozialausgaben darstellen.

Beispielhaft seien hier folgende Probleme genannt:

1. Soll das heutige Rentenniveau gehalten werden, müßte der derzeitige Beitragssatz in den nächsten Jahrzehnten etwa verdoppelt werden — es sei denn, man würde den staatlichen Zuschuß erhöhen oder andere Formen der Aufbringung der Einnahmen durchsetzen.

2. Im Bereich der Krankenversicherung sind Planungen bezüglich Erhöhung des Eigenanteils an allen Leistungen bzw. Verrechnungen mit z. B. Urlaub in Vorbereitung.

Dieser ganze Bereich sollte an dieser Stelle nur kurz angerissen werden — er bedarf auch von unserer Seite sicher noch genauerer Untersuchung und Darstellung — er ist notwendiger Bestandteil der Politik der Gewerkschaften, wenn sie sich als kollektive Schutz- und Interessenorganisation für die abhängig Beschäftigten begreift — was sie unserer Meinung nach natürlich sein bzw. werden muß.

Der andere Bereich, der uns im folgenden auch näher beschäftigen soll, ist der große Bereich der Lohn- und Arbeitszeitregelungen.

Die folgenden Ausführungen haben nicht den Anspruch, vollständig, umfassend, systematisch alle Aspekte dieses Bereichs zu bennenen, sondern wichtige Probleme, die sich dort ergeben haben oder werden, deutlich zu machen.

Dabei wird versucht, so weit es in dieser kurzen Form möglich ist, die dazu bestehenden Differenzen innerhalb der IGM/DGB darzulegen.

1. Zur Lohnfrage

Als Fakten sind z.Z. festzuhalten:

• Insbesondere in den Großbetrieben liegen die tatsächlich gezahlten Löhne/Gehälter um einiges über den Tariflöhnen — wobei es in den letzten Jahren immer Auseinandersetzungen in einer ganzen Reihe von Betrieben gegeben hat, ob, inwieweit oder unter welchen Bedingungen (Sonderschichten) die tarifliche Erhöhung auch bei der übertariflichen greift, oder ob verrechnet wird.

• Alle Statistiken, egal ob von Bonn, bürgerlichen Institutionen oder vom DGB weisen auf, daß es seit 1980 einen dauernden Reallohnverlust für die abhängig Beschäftigten gegeben hat; die Lohnquote ist inzwischen wieder auf dem Stand der 60er Jahre angelangt, nachdem sie in den siebziger leicht nach oben gedrückt werden konnte.

• Trotz der teilweisen Durchsetzung von Sockelbeträgen hat die Differenz zwischen unteren und oberen Lohn-/Gehaltsgruppen in den letzten Jahren zugenommen und nicht abgenommen.

Als Forderungen der Kapitalisten ist festzustellen:

• Prof. Walter (führender Mitarbeiter des reaktionären Weltwirtschaftsinstituts in Kiel) forderte in der „Bild am Sonntag" vom 7.4.85: „Tariflöhne und -gehälter dürfen mindestens zwei Jahre nicht mehr steigen, Arbeitslose und Chefs müssen Bezahlung und Dauer der Beschäftigung frei aushandeln können — ohne tarifliches Lohndiktat. Auch für den Arbeitsmarkt muß gelten: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis."

Selbst wenn das WWI „nur" als propagandistischer Vordenker anzusehen ist, wird die geplante Tendenz deutlich.

• FDP-Generalsekretär Haussmann forderte ebenfalls Anfang April 85 „Gleitklauseln" in Tarifverträgen aufzunehmen, bzw. Löhne frei und ohne Tarifzwang vereinbaren zu lassen. (vlg. Welt vom 6.4.85)

• Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, sprach am 14.3.85 von der „so teuren und vor allem unflexiblen menschlichen Arbeitskraft", forderte, „die Lohnnivellierung zu stoppen".

• Die Forderungen des Dr. Langmann, BDI-Präsident, sind:

Tariferhöhungen unter Produktivitätsfortschritt;

Stärkere Differenziegung nach Branchen und Regionen;

Subventionen nur bei Lohnverzicht.

Festzuhalten ist:

1. Die generelle Forderung von Haussmann fand keine breitere Unterstützung in den führenden Kapitalistenvereinigungen — typisch dürfte die — in der Regel eh etwas vorsichtigere — Reaktion des Handelsblatts vom 11.4.85 sein, das schreibt — „sollte man zunächst einmal dafür plädieren, diese Tarifverträge zu differenzieren. Es ist doch nicht einzusehen, daß etwa für die Werften derselbe Tarifvertrag gilt wie für die Automobilindustrie. Und müssen in einem Metallbetrieb in Friedrichshafen dieselben Löhne gezahlt werden wie in Kiel?" Also die berühmte Differenzierung nach Branche und Region.

2. Im Fall Arbed Saarstahl wurde exemplarisch durchexerziert, was die Reaktion in ausgewählten Betrieben, Branchen oder Regionen will — nicht nur weiter auseinandergehende Löhne, sondern „Sonderopfer", für die, die entweder subventionsempfangenden Betrieben angehören oder in besonderen Problemregionen/Branchen beschäftigt sind.

Damit ist klar, welche Aufgaben auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zukommen:

1. Abwehr des weiteren Sinkens des Reallohns;

2. Abwehr von Differenzierungen nach Branchen, Regionen und noch weitere Differenzierung nach Qualifikationen.

Sieht man sich nun die gewerkschaftsoffizielle Landschaft an, so ist festzustellen:

1. Innerhalb der IGM, der IG Chemie und auch im DGB gibt es eine starke Strömung der Verfechter der Flexibilisierung — durchaus auch auf diesem Sektor. Zwar wurde generell der Haussmann-Vorstoß zurückgewiesen, aber an anderer Stelle äußerte und handelte man anders.

2. Zum anders Handeln ist das Beispiel der Flexibilität im Metalltarifvertrag vom letzten Jahr zu nennen. Nicht nur, daß der Betrag der Ausgleichszahlung für die, die weniger als 38,5 Stunden arbeiten im Laufe der Zeit abgebaut wird, zählt dazu, sondern auch die Tatsache, daß, wie vorher befürchtet in der übergroßen Mehrheit gerade für **die** weniger als 38,5 Stunden vereinbart wurde, **die** eh in den untersten Lohngruppen sind. Vereinbart gerade auch in Großbetrieben, in denen die Mehrheit der Betriebsräte innerhalb der IGM organisiert sind.

3. Leber, Schlichter vom letzten Jahr, hat sich in einem Interview mit der „Zeit" für „eine Lockerung der verbindlichen Regelungen in Tarifverträgen" ausgesprochen — deutlich gemacht am Beispiel seines „Leber-Knödels".

4. Mettke, Tarifpolitik-Verantwortlicher bei der IG-Chemie, setze sich Anfang März 85 für eine Neueinteilung der Tarifgebiete ein, „um differenzierte Tarifabschlüsse" zu ermöglichen. Sein Beispiel wird den Unternehmern sicher gefallen: „Wir berücksichtigen beispielsweise in der Glasindustrie Unterschiede. Da gibt es Glashütten, wo das Glas noch handgemacht oder mundgeblasen wird, und andere, wo Glas vollautomatisch hergestellt wird. (...) Da differenzieren wir auch in den Tarifverträgen. (...) Es ist denkbar, daß wir bei den regionalen Branchentarifverträgen bleiben, (...) oder wir arbeiten mit abgesicherten Öffnungsklauseln (...) da würden dann die Betriebsvertragsparteien an die Stelle der Tarifvertragsparteien treten." (Handelsblatt, 7.3.85)

5. Auf der 10. Bundesangestelltenkonferenz der IGBSE erklärte Siegfried Bleicher vom DGB-Bundesvorstand u. a., bezogen auf den geringen Organisationsgrad der Angestellten im DGB: „Die Antwort der Gewerkschaften auf die erheblichen Umschichtungen in der Sozialstruktur der Arbeitnehmer muß eine flexible Politik sein, die den spezifischen Interessen einzelner Arbeitnehmergruppen gerecht wird (...) eine Gesellschaftspolitik der Nivellierung spricht Angestellte nicht an. (...) Bei der Erweiterung ihrer Arbeitsfelder darf die Gewerkschaft auch politische Kompromisse mit ihrem eigenen Selbstverständnis nicht ablehnen." (Handelsblatt, 3.4.85)

6. Inwieweit ähnliche Tendenzen bei der derzeitigen Mitgliederkampagne der IGM für Angestellte festzustellen ist kann ich z. Z. nicht beurteilen, wäre aber interessant festzustellen bzw. zu untersuchen. Wenn überhaupt innerhalb der abhängig Beschäftigten Interesse an „flexibeler" Gestaltung von Lohn- und z. B. Freizeit — besteht, dann bei denen, die es sich finanziell und vom Charakter ihrer Arbeit her leisten können — und das sind — wenn überhaupt — besser verdienende Angestellte.

7. Hier ist noch ergänzenswert, daß in der Metallindustrie die Arbeitszeiten über 38,5 Stunden ja in der Regel für die eh besser verdienenden Gruppen abgeschlossen wurden; ebenfalls wieder von den Betriebsräten, die mehrheitlich innerhalb der IGM organisiert sind. Konsequenz — höhere Gehälter.

Damit stellt sich also die Lage so dar, daß es durchaus Kräfte innerhalb des DGB gibt, die für a) eine weitere Differenzierung der Löhne/Gehälter nach Branche, Region, Qualifikation; b) eine Verlagerung der

Fortsetzung auf Seite 6

Ko-Ausschuß der RGO zum RGO-Kongreß

Editorial der RGO-Nachrichten

Liebe Leser,

Das Schwerpunktthema dieser Nummer der RGO-Nachrichten ist die Frage, die in den nächsten Monaten eine Hauptauseinandersetzung innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung darstellen wird — Anpassung oder Widerstand gegen bzw. an die konservative Krisenlösungsstrategie.

Dazu findet ihr eine Reihe Beiträge in dieser Nummer, die einige Ausschnitte dieser Debatte widerspiegeln. Natürlich ist das Bild noch vielschichtiger, sind die Themen noch breiter als es sich hier widerspiegelt.

Als wichtige Bereiche seien dazu noch genannt: Neue Technologien — welche Auswirkungen nicht nur auf die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch die Richtung, in die sich Arbeitsplätze verändern, an denen diese Technologien eingeführt werden.

Arbeitskampffähigkeit und Arbeitskampfmöglichkeiten — einmal unter dem Gesichtspunkt der geplanten Veränderungen des gesetzlichen Rahmens — beispielsweise der Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes in die Richtung, kalt Ausgesperrten kein Kurzarbeitergeld mehr zu zahlen; zum anderen aber auch aus den Erfahrungen mit Mobilisierungsmöglichkeiten — und Schwächen während der letzten Tarifrunden.

Der RGO-koordinationsausschuß ist der Meinung, daß die inhaltliche Vertiefung von wichtigen dieser Themenbereiche ***der*** *entscheidende Ansatzpunkt ist, um auch im konkreten Zusammenarbeiten der verschiedenen klassenkämpferischen Kräfte weiter zu kommen.*

Aus verschiedenen Gesprächen, die wir in den letzten Monaten geführt haben, um schon kurzfristig zu praktischen Möglichkeiten des Zusammenschlusses mit anderen Kräften zu kommen, die gegen den vorherrschenden Sozialpartnerschaftskurs angehen wollen, hat sich deutlich gezeigt, daß dies offensichtlich kurzfristig nicht möglich ist.

Wir denken, daß eine inhaltliche Debatte über den weiteren Weg der Gewerkschaftsbewegung in diesem unseren Lande gegen die konservative Krisenlösung notwendigerweise auch eine verstärkte Debatte über die verschiedenen Felder der Gewerkschaftspolitik beinhalten muß.

Diese Debatte soll auch im Mittelpunkt des ***nächsten RGO-Kongresses*** *stehen, dessen Einberufung wir für den* ***14./15. September*** *planen.*

Wir denken, daß dort in Arbeitsgruppen und im Plenum zu wichtigen Feldern der Gewerkschaftsarbeit unter Krisenbedingungen, bei Herrschaft der Wenderegierung, erarbeitet und konkretisiert werden sollte, wie die Antworten der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung darauf sein müssen.

Zur Vorbereitung des Kongresses werden sich Arbeitsgruppen bilden, die sich mit folgenden Themen beschäftigen werden, um für den Arbeitskongreß im September erste Diskussionsgrundlagen vorzulegen: 1. Soziale Sicherungssysteme — räumlich im Rheindland angesiedelt. 2. Lohn und Gehaltsfragen — räumlich in Schleswig-Holstein angesiedelt. 3. Arbeitszeitverkürzung — räumlich in Bremen angesiedelt. 4. Neue Technologien — räumlich im Ruhrgebiet angesiedet.

Wer Interesse an einer Mitarbeit schon vor dem Kongreß hat, melde sich bitte schriftlich oder telefonisch beim RGO-Koordinationsausschuß. Wir hielten des für sinnvoll, wenn sich jede Arbeitsgruppe ein- oder zweimal vor dem Kongreß treffen würde. Material zur Grundlage der Diskussion wird von uns dazu vorbereitet. Die „räumliche Ansiedlung" bedeutet nicht, daß nicht auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Regionen an der entsprechenden Arbeitsgruppe teilnehmen könnten, sondern nur, daß dort ein bereits fest benannter Stamm von Kolleginnen und Kollegen bereit ist, an dieser Arbeitsgruppe mitzuarbeiten.

In der Hoffnung auf eine breite Beteiligung an den Arbeitsgruppen, verbleibt für heute

euer RGO-Koordinationsausschuß

Nr. 2/85 2,— DM 1 H 5858 E
Mai 1985

RGO Nachrichten

Gewerkschaften und Wenderegierung — Anpassung oder Widerstand?

Die neueste Ausgabe der RGO-Nachrichten enthält u. a. Beiträge zu folgenden Themen: Offensiv durch die Krise — der weitere Weg der Gewerkschaften. Die Politik der Wende und ihre Ausprägung gegenüber der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Verbilligung der Ware Arbeitskraft. Warum Lohn- und Sozialabbau? Chemie — nach der Tarifrunde. Sie kostet 2,— DM und kann bei folgender Adresse bezogen werden:
KO-Ausschuß der RGO
Postfach 31 03 32
4600 Dortmund 41

Fortsetzung von Seite 5

Regelungskompetenz auf die Betriebsvertragsparteien — Betriebsrat und Unternehmer eintreten bzw. zu gewinnen sind. Der Vollständigkeit halber sei angefügt, daß auch die Tarifpolitik der IGBE, IGBSE von „Rücksichtnahme auf das Machbare" — gerade auch in Lohnfragen — geprägt ist, bzw. Leitlinie ist. (S. letzter IGBE-Kongreß in Dortmund). Ähnliches gilt für die Politik der NGG und Textil.

Da die derzeitige Strategie der Unternehmer offensichtlich nicht dahingeht, quasi mit der „Dampfwalze" die Löhne zu reduzieren, sondern geschickt Anknüpfungspunkte in vorhandenen Unterschieden aufgreift, diese zu vertiefen und zu verfestigen trachtet, stehen hier wichtige Aufgaben für unser Eingreifen an.

Das gilt nicht minder für das zweite Gebiet —

2. Arbeitszeitfragen

Als Faktum ist festzu halten, daß schon die heute bestehenden Regelungen — sowohl tarifvertraglicher Art, wie auch gesetzlicher Art — eine enorme Bandbreite von möglichen und tatsächlichen Arbeitszeiten beinhaltet.

Weiterhin geplant ist eine Ausweitung dieser Bandbreiten durch gesetzliche Änderungen — u.a. Arbeitszeitordnung, Beschäftigungsförderungsgesetz usw.

3. Haben die letztjährigen Tarifabschlüsse diese Bandbreite weiter vergrößert. Dies gilt für Metall, Stahl, Druck und Papier, Holz- und Kunststoff.

4. Ist es wichtig festzuhalten, daß die geltenden Tarifverträge eine absolut unterschiedliche Laufzeit haben, bezogen auf die regelmäßige Arbeitszeit — Metall ist mit dem 30.9.86 der erste kündbare Vertrag, alle anderen laufen danach aus — bis 31.12.1988 z.B. bei der IG Chemie.

Die Forderungen der Kapitalisten zu diesem Komplex sind einfach und sinnig unter dem Stichwort „weitere Flexibilität" individuell, in der Woche, am Tag, für bestimmte Abteilungen, im Monat, im Jahr usw. usw.

Die Lage auf dem gewerkschaftlichen Sektor wurde schon kurz angerissen, hinzuzufügen sind noch einige weitere Punkte:

1. Zunehmend sind Bestrebungen deutlich, von der Mehrheit des IGM-Vorstandes, a) der Flexibilität mehr Raum zu geben — neben den Äußerungen Steinkühlers schon vor und während der Tarifrunde — sei an die Kommentare Mayrs zur „Verabschiedung" der 40-Stunden-Woche erinnert u.a. Interview im Handelsblatt 3.4.85; b) nicht schon 1986 erneut die Arbeitszeitfrage auf die Tagesordnung zu setzen, sondern die Lohnfrage.

Anzeichen dafür sind meiner Meinung nach:

• Die Beschlußlage des IGM-Vorstandes zur Tarifrunde 86, lt. Klausurtagung von Ende 84/Anfang 85, in der man sich eben nicht für die 35-Stunden-Woche entschied;

• verschiedene Äußerungen Mayrs in Interviews, in denen er ebenfalls unterstrich, daß es noch keine Festlegung auf eine neue Runde 86 gibt;

• Berichte von verschiedenen Versammlungen, auf denen Mitglieder des Beirats auftraten und sich ebenfalls nicht eindeutig erklärten, sondern im Gegenteil die Urlaubsfrage ins Spiel brachten;

• zuguterletzt schließlich, ein Kommentar des HB, einen Tag nachdem sie mit Mayr ein langes Interview gemacht hatten, in dem sie u.a. schreiben: „Diese Runde (März 86) wird dann noch einmal von der klassischen Art sein, es wird wieder um die Zahl vor dem Komma gehen, und hier dürfte die IGM einen ordentlichen Schlag aus der Feldküche erwarten (...) auf dem nächsten Gewerkschaftstag in Hamburg im Herbst 86 könne der Vorstand dann mit einem Doppelerfolg aufwarten (...) dieser Gewerkschaftstag könnte dann zur Mobilmachung für die zweite Stufe der Arbeitszeitverkürzung benutzt werden. (...) 87 könne allerdings deshalb leichter werden als 84, weil die Gewerkschaften wie die Arbeitgeber wissen, daß für die Arbeitszeitverkürzung durch Lohnverzicht bezahlt wird (...) bis dahin haben sich die Flexi-Modelle aus 84 bewährt."

• Schließlich das Problem — zumindest für den IGM-Vorstand und die SPD — daß im 1. Quartal 87 ja gleichzeitig Betriebsratswahlen und Bundestagswahlen sind — zwecks Demonstration von Regierungsfähigkeit der SPD wäre da ein Streik eher unpassend.

2. Die Tarifverträge in anderen Branchen laufen frühestens 87 aus.

3. Alle Tarifverträge aus 84 haben eine Komponente, die die zentrale Rolle der Gewerkschaften eher schwächt als stärkt — die Verlagerung der Regelungskompetenz in wichtigen Fragen auf die Betriebsräte. Dies hat gleich mehrere Folgen:

a) Die Betriebsräte sind rechtlich und faktisch mehr dem jeweiligen eigenen Unternehmen verbunden als die Gewerkschaften, mehr als z.B. der untere Funktionärskörper — die Vertrauensleute.

b) Den Betriebsräten fehlen bestimmte Arbeitskampfmöglichkeiten — z.B. Streik.

c) Die Erfahrungen des 84er Streiks bestätigen, daß Betriebsräte — gerade in Großbetrieben, häufiger für die Mobilisierung eher hinderlich waren — gleichzeitig aber die Vertrauensleutekörper oft noch nicht in der Lage waren, dem massiv eigene Mobilisierung entgegenzusetzen.

Daraus ergeben sich für unsere Tätigkeit, für die Organisierung eines möglichst breiten Widerstandes gegen die Pläne der Reaktion eine Reihe Anforderungen bzw. Voraussetzungen.

1. Zur Kenntnis nehmen in welcher Form die Reaktion ihren Angriff auf **die** Schutzfunktion der Gewerkschaften — kollektives, solidarisches Abschließen von Tarifverträgen zu Lohn und Arbeitszeit — vorträgt, eben nicht ob direkten Frontalangriff.

2. Es gibt zum einen in den materiellen Verhältnissen — Entlohnung und Art der Arbeit — Ansatzpunkte für ein Interesse an „flexiblen Verhältnissen" bei einem Teil der abhängig Beschäftigten.

3. Ist zum anderen eben nicht nur im BetrVG, sondern verstärkt in den neuen Tarifverträgen eine Schwächung der kollektiven Funktion der Gewerkschaften und eine Stärkung in Richtung mehr „Flexibilität" für die jeweiligen Unternehmer und Betriebsräte in „ihrem" Betrieb angelegt.

4. Dies führt zum einen zu einem „Regelungszuwachs" für die Betriebsräte — oder eben orientiert an den Verhältnissen (Konkurrenzlage etc.) der einzelnen Betriebe.

5. Wie es sich in der Tarifrunde schon andeutet, gewinnt deshalb die Arbeit im Vertrauensleutekörper, sein Gewinnen für eine „kollektive Politik für alle abhängig Beschäftigten" eine größere Bedeutung als in der Vergangenheit.

BMW/Berlin

„Gekaufte Vernunft"

Am 13.5., montags, zur Mittagsschicht, sollte Peter Vollmer wieder arbeiten „dürfen" — so jedenfalls BMW. Da sein Kind plötzlich krank wurde, mußte er damit zum Arzt und konnte erst später seine Arbeit antreten. Da wurde ihm bedeutet: heute nicht mehr, erst am 14.5. geht es weiter.

Allerdings nicht im eigentlichen Werk Spandau, sondern bei einem Zulieferer, der für BMW Teile dreht, sei jetzt sein Arbeitsplatz. Dort habe BMW eine Drehbank, die sein neuer Arbeitsplatz sei — 30 km vom eigentlichen Werk entfernt. Peter Vollmer nimmt unter Vorbehalt den neuen Job an.

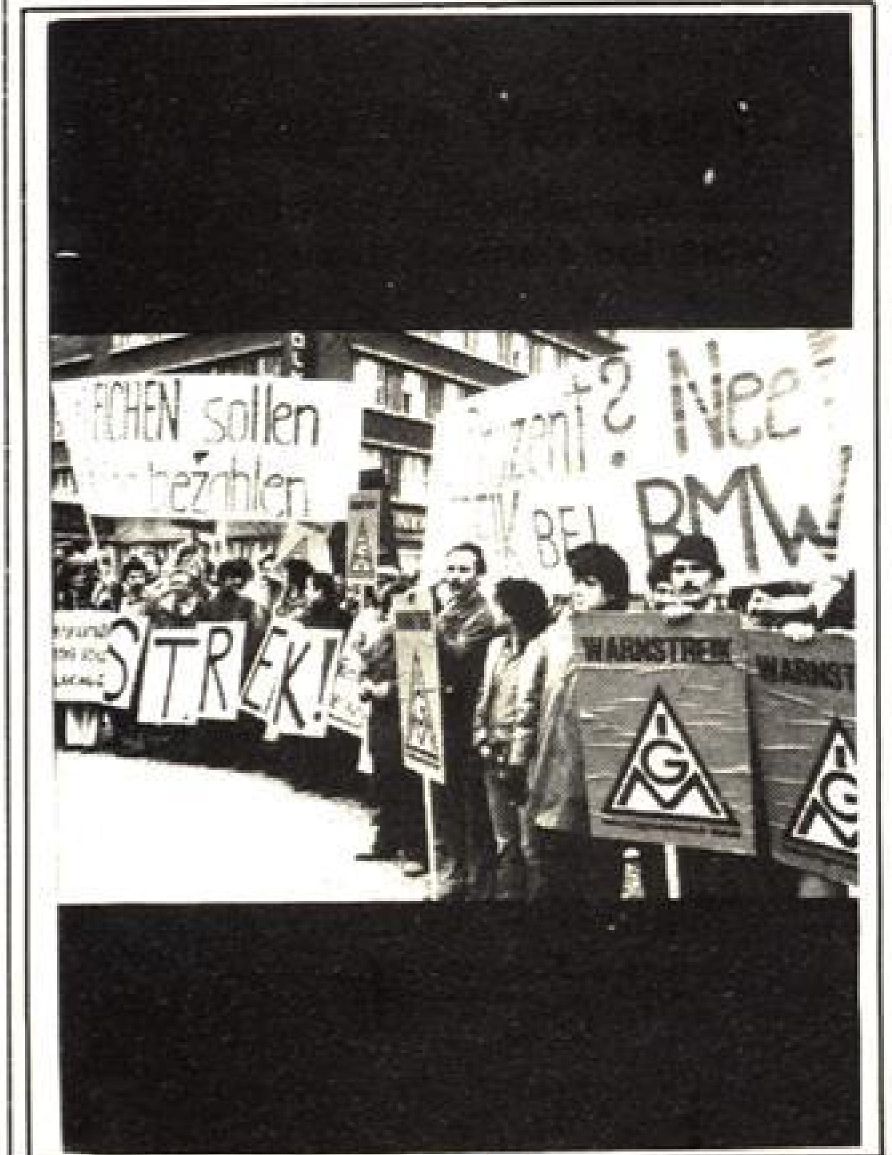
15.5.: Ein Kollege aus Spandau will Peter wegen einer Angelegenheit sprechen. Da von den „Betriebsräten der Vernunft" einige fehlen, will Peter als 1. Ersatzbetriebsrat tätig werden, was ihm von der Personalabteilung — auch schriftlich bestätigt — verweigert wird. Als er unverrichteter Dinge aus Spandau zurückkehrt und gerade seine Arbeit an seiner, pardon BMWs Drehbank aufnehmen will, kommt der Personalchef und teilt ihm mit, das Bundesarbeitsgericht habe die Zwangsvollstreckung des Weiterbeschäftigungsanspruchs ausgesetzt. Er müsse erst mal wieder zu Hause bleiben.

Ja, da staunt der Laie: vor Wochen wurde nocht hoch gefeiert, daß das Bundesarbeitsgericht einen grundsätzlichen Weiterbeschäftigungsanspruch zubilligte bei gewonnenen Kündigungsschutzprozessen. Und jetzt hat das gleiche Gericht die dazu gegen unbotmäßige Unternehmer nötige Zwangsvollstreckung ausgesetzt. Das ist der Unterschied zwischen Rechtsanspruch und seiner tatsächlichen Durchsetzung.

So weit einige neue Details der letzten Woche.

Wir wollen es nicht versäumen, in diesem Zusammenhang auf eine gute und interessante Broschüre hinzuweisen, die jetzt zu diesem Fall herausgekommen ist. Unter dem Titel „Gekaufte Vernunft — Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit bei BMW" haben das Komitee für Grundrechte und Demokratie und das Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter eine 120seitige Broschüre herausgegeben. Artikel von Wolf-Dieter Narr, Frank Steger, H.H. Hertle und Bodo Zeuner beleuchten verschiedene Gesichtspunkte dieses Falles.

Die Broschüre ist zu erhalten: Einzelexemplare für West-Berlin — beim Solidaritätskomitee — c/o Bodo Zeuner, Habelschwerdter Allee 10. Für die BRD und Mehrfachabos grundsätzlich: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal. Einzelexemplare kosten 7,— DM bei 10 und mehr 40 Prozent Rabatt — je zuzüglich Versandkosten.



Bodo Zeuner

„Der Fall BMW und die Politik der IG Metall"

Die seit April 1984 im Berliner BMW-Werk als Betriebsrat amtierende „Mannschaft der Vernunft" geht über die sozialpartnerschaftliche Haltung vieler Betriebsräte einen wichtigen Schritt hinaus (worauf übrigens Christel Neusüß auf der Solidaritätsveranstaltung mit den Entlassenen am 14. Juli 1984 als erste hingewiesen hat). Es gibt gute Gründe, diese „Mannschaft" als direkt unternehmensabhängig, also als *„gelbe"* Scheingewerkschafter einzustufen. Und es gibt deshalb gute Gründe, der Berliner IG Metall vorzuwerfen, daß sie dem schleichenden Übergang von sozialpartnerschaftlichen zu „gelben" Formen der Interessenvertretung auf Betriebsebene nichts entgegensetzt.

Der Begriff „gelb" sagt den meisten Gewerkschaftern kaum noch etwas. Er entstand 1902 in Frankreich. Bei einem Streik in Monceau-les-Mines organisierten sich die Streikbrecher mit Hilfe des Unternehmens und setzten sich von den „roten" Gewerkschaften durch die Erkennungsfarbe gelb ab. Als Erkennungszeichen trugen sie gelbe Ginsterblüten. Die bürgerliche Presse versuchte, die Farbe zu einem Ehrenzeichen zu machen. 1904 entstand in Frankreich eine gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, die sich stolz selber als „Nationale Föderation der Gelben Frankreichs" bezeichnete. In Deutschland wurde „gelb" seit jener Zeit von der Arbeiterbewegung als Sammelbegriff für von den Unternehmen gegründete, finanzierte oder dirigierte Arbeiterorganisationen, die das Mittel des Streiks ablehnten, verwendet. Eine der wichtigsten gelben Organisationen vor dem ersten Weltkrieg war der 1906 gegründete Werkverein der Firma Siemens in Berlin.

Warum macht es einen großen Unterschied, ob Gewerkschaften „gelb" oder lediglich sozialpartnerschaftlich sind? Die Übergänge sind ja in Wirklichkeit fließen. Die einen wie die anderen sind bereit

• mit dem Arbeitgeber alles schliedlich-friedlich zu regeln,

• der Unternehmerlogik: Je mehr Gewinn, um so besser für die Arbeiter („Man darf die Kuh nicht schlachten, die man melken will"), zu folgen,

• die Kollegen von friedensstörenden Aktionen abzuhalten,

• Feindschaft gegen kämpferische Gewerkschafter zu fördern und zu pflegen.

Der *fundamentale Unterschied* aber liegt darin: *„Gelbe" lassen sich vom Unternehmer bezahlen und steuern — Sozialpartner glauben selber daran, daß das Wohl des Unternehmens im großen und ganzen auch das Wohl der Arbeiter ist.* Die Gelben haben ihren Auftraggeber bei den Unternehmern, die Sozialpartner verstehen sich als Vertreter der (von ihnen am besten verwalteten) Interessen der abhängig Arbeitenden und sind auch an deren Organisationen gebunden. (...)

Der Betriebsrat der „Mannschaft der Vernunft" hat seine Wahlwerbung vom Arbeitgeber durch Zuwendung von Geld und Dienstleistungen bezahlen lassen. BMW-Anwälte haben vor Gericht betont, diese Zuwendung habe keine inhaltliche Einflußnahme der Firma auf das Programm dieser „Mannschaft" bedeutet. Aber darauf kommt es weder rechtlich noch politisch an. *Wer Geld nimmt, muß damit rechnen, daß Gegenleistungen verlangt werden.* Und diese Gegenleistungen wurden auch prompt geliefert. Als Betriebsrat hat die „Mannschaft der Vernunft"

• *den Kündigungen von Knirsch, Köbrich und Vollmer jedesmal ohne nähere Prüfung oder Anhörung der Betroffenen zugestimmt — und dies auch, als klar wurde, daß es sich um haltlose Kettenkündigungen handelte,*

• *dem Arbeitsgericht einen Schmäh-Brief gegen die drei Gekündigten zugesandt, und diesen Brief dann, als das Arbeitsgericht ihn zurückwies, weil der Betriebsrat gar nicht Beteiligter des Verfahrens war, dem Arbeitgeber zugestellt, damit dieser ihn in das Verfahren einbringen konnte,*

• *der Rücktrittsaufforderung der IG Metall, nachdem das Arbeitsgericht die Betriebsratswahl für unwirksam erklärt hatte, ein trotziges „Nun erst recht" entgegengesetzt,*

• *den betriebsinternen Einschüchterungen gegen Anhänger der Entlassenen und ihrer aktiven Gewerkschaftspolitik nichts entgegengesetzt,*

• *mit dem Austritt aus der Gewerkschaft gedroht, falls diese sich deutlich gegen sie stellen sollte.*

Daß dieser Betriebsrat außerdem wenig tat, um BMW-Beschäftigte zur Wahrung ihrer Ansprüche auf Arbeitslohn aus der Zeit der kalten Aussperrung durch Klagen gegen die Firma zu ermutigen — über 200 BMWler haben solche Klagen gegen den Rat der Gewerkschaft zurückgenommen —, rundet das Bild ab.

Es zeigt sich bei BMW modellhaft, wie der schleichende Übergang von sozialpartnerschaftlicher zu gelber Gewerkschaftspolitik auf Betriebsebene aussehen könnte: Der Arbeitgeber finanziert ihm genehme Betriebsratskandidaten; diese erfüllen ihren Auftrag durch Mitwirkung bei der Ausschaltung kämpferischer Gewerkschafter; die überbetriebliche Gewerkschaftsorganisation wird mit Austrittsdrohungen von Interventionen abgeschreckt. Am Ende könnte ein gelber Werkverein stehen, den der Arbeitgeber nicht einmal formell zu gründen brauchte, weil die Gewerkschaft sich nicht traut, einen Trennungsstrich zu ziehen.

(Aus der Broschüre „Gekaufte Vernunft", hrsg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter)



Schlesier-Treffen in Bonn 1960

Schlesische Ausrutscher?

Der „Schlesier" hat wieder einmal im Braunen gefischt. In einem Artikel „Was Weizsäcker leider nicht sagte" setzte ein gewisser Martin Jenke sich gegen die Behauptung von der Alleinschuld Hitlers am II. Weltkrieg zur Wehr, greift Weizsäcker als „Verzichtpolitiker" an und wettert gegen Kanzler Kohl, der bei seiner Rede in Bergen-Belsen falsche Zahlen über die umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen verbreitet habe.

Wie schon beim letzten Mal, als der „Schlesier" über die erfolgreiche Eroberung der Sowjetunion träumte, ist Hupka auch diesmal mit einer vordergründigen Distanzierung schnell bei der Hand. Wieder einmal haben die Berufsschlesier mit diesem „Ausrutscher" nichts zu tun. Wieder einmal gibt es andererseits aber auch keinen Grund, etwas gegen das Verbandsorgan zu unternehmen.

Warum nicht, ist nicht schwer zu erraten. Schließlich hat Hupka schon oft genug ähnliches geäußert wie Martin Jenke — allerdings ohne dabei so ungeschminkt dem Präsidenten und dem Kanzler dieser Republik die Meinung zu sagen. Und Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen und CDU-Abgeordneter, hat mit seinem am letzten Freitag erschienenen Artikel auch nichts anderes getan als Weizsäcker der Verzichtspolitik zu bezichtigen. Der Unterschied zu Jenkes Schlesier-Artikel liegt im wesentlichen darin, daß Czaja einen höflicheren Ton anschlägt.

Empört hat sich schließlich auch Kanzler Kohl gezeigt. Er wandte sich gegen die „ebenso törichten wie dümmlichen Äußerungen" im Schlesier-Artikel. Womit er nebenbei klargestellt hat, daß die revanchistischen Tiraden des „Schlesiers" vor seinen Augen genausó viel bzw. wenig Gnade finden wie der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Mit einem kleinen Unterschied. Während der Kanzler den Kampf um die 35 kompromißlos bekämpfte, ist er nach wie vor entschlossen, das Schlesier-Treffen aktiv zu unterstützen.

SCHLESIERTREFFEN: VERSCHÄRFTER REVANCHISMUS — BEGLEITMUSIK ZUR HOCHRÜSTUNG UND „BONNER WENDE"

Zahlreiche Organisationen haben beschlossen, gegen das Revanchismus-Festival am 17. Juni in Hannover zu protestieren. Darunter die Grünen, GABL, DKP, Naturfreundejugend, Jusos, VVN, DFG-VK, DS, Volksfront, BWK, KPD. Unterstützt wird der Aufruf, den wir im Folgenden dokumentieren, auch von einzelnen SPD-Mitgliedern und Mitgliedern der Gewerkschaften.

Wir rufen die Leserinnen und Leser des Roten Morgen auf, die Demonstration in Hannover tatkräftig und zahlreich zu unterstützen. Leider konnte sich die Mehrheit der an der Aktionseinheit beteiligten Organisationen nicht dazu entschließen, bundesweit für diese Demonstration zu mobilisieren. Verabschiedet wurde aber ein Antrag an die Friedensbewegung, den für den 15./16. Juni geplanten „Großen Ratschlag" in Köln auf einen anderen Termin zu verschieben.

Schlesien bleibt polnisch!

1945 endete der zweite Versuch der Herrschenden in Deutschland, sich die Welt untertan zu machen. Zurück blieben Trümmer und neue Grenzen in Europa. Daraus folgte auch die Bildung der Blöcke in West und Ost.

1985 sprechen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Albrecht auf dem Schlesiertreffen unter dem Motto „Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker". Dies ist — nur 40 Jahre nach dem schrecklichen Krieg — erneut ein deutlicher Angriff auf die bestehenden Grenzen in Europa.

Vom 14. - 17. Juni findet in Hannover das Schlesiertreffen statt. Etwa 150000 ,,Geburts-, Abstammungs- und Bekenntnisschlesier" (aus dem offiziellen Aufruf) werden erwartet. Alle werden um das Motto „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker" versammelt. Mit diesem eindeutig revanchistischen Slogan machen dabei die Czaja, Hupka usw. ihre Politik der unverhohlenen Gebietsansprüche auf „die deutschen Ostgebiete" wieder hoffähig. Diejenigen, die aus familiären oder kulturellen Gründen am Schlesiertreffen teilnehmen, dienen dabei als Staffage.

In dieser Situation müssen sich die Teilnehmer fragen lassen, ob sie diese Politik mittragen wollen.

Dies ist heute wieder möglich, weil sich die Politik der Bundesregierung nur unwesentlich von dem unterscheidet, was die von ihr so „scharf kritisierten" Vertriebenenfunktionäre vertreten. Der Unterschied liegt vor allem darin, daß die Vertriebenenfunktionäre heute schon das zu Ende denken und aussprechen, was die logische Konsequenz aus der Politik des faktischen Offenhaltens der deutschen Frage ist.

Daß der Bundesregierung und ihren Verbündeten der Gedanke an „Grenzkorrekturen" gen Osten nicht fremd ist, spiegelt sich u.a. auch in der forciert betriebenen Aufrüstung nach den Grundsätzen von Airland Battle und Rogers-Plan wider. Tiefe Schläge bis in die westlichen Militärbezirke der UdSSR sowie die Hoffnung, von der osteuropäischen Bevölkerung als Befreier empfangen zu werden prägen die Planungen der westlichen (auch der bundesdeutschen) Militärs und Politiker. Die Frage stellt sich: Wo ist da eigentlich noch der Unterschied zum so gescholtenen Artikel im „Schlesier" über den Einmarsch der Bundeswehr in Polen?

Gleichzeitig stellen wir fest: Revanchismus ist mehr als die Politik weniger Spinner. Dahinter stehen auch Wirtschaftskreise, die ernsthaft auf eine Wiedereroberung des „freien Marktes" im Osten setzen. Auch wenn die Bundes- (Landes-)Regierung den „Einmarsch der Bundeswehr in Polen" nicht offen propagieren kann: Kohl und Albrecht haben zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt, auf dem Schlesiertreffen zu sprechen. 185000 DM an öffentlichen Zuschüssen werden für das Treffen gewährt. Das Land Niedersachsen als „Patenland" von Schlesien tut ein weiteres, indem es für das geplante „Schlesiermuseum" bereits finanzielle Unterstützung angesagt hat.

Die Bundesregierung hält nach wie vor am Alleinvertretungsanspruch für „alle Deutschen" und am Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 fest. Sie verweigert nach wie vor der DDR die volle völkerrechtliche Anerkennung. In Salzgitter besteht z.B. weiterhin die „Erfassungsstelle für in der DDR begangene Straftaten", die nach der Wiedervereinigung dann nach bundesdeutschem Recht ggf. neu geahndet werden sollen. Dieses Relikt aus dem kalten Krieg macht sehr deutlich, daß das eigentliche Ziel bundesdeutscher Politik immer noch die Annexion der DDR (und der „deutschen Ostgebiete") ist — „in einem Europa freier Völker" versteht sich. In den Schulen sind nach wie vor Landkarten mit den Grenzen von 1937 vorgeschrieben. In der Ostkunde im Unterricht wird laut Beschluß der Kultusministerkonferenz die Erinnerung an die „Heimat im Osten" weitervermittelt und wachgehalten.

Weil wir wissen, daß ohne die volle völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa auf Dauer keine wirkliche Friedenssicherung möglich ist, fordern wir:

- **die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR**
- **die volle völkerrechtliche Anerkennung der Westgrenze Polens und der übrigen Grenzen in Europa!**
- **Alle abgeschlossenen Verträge sind strikt einzuhalten.**
- **Die Oder-Neiße-Linie und der Grenzverlauf zwischen BRD und DDR (Elbmitte) sind völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen.**
- **Die Verwendung von Landkarten mit „Deutschland in den Grenzen von 1937" im Schulunterricht ist zu untersagen.**
- **Die Erfassungsstelle in Salzgitter muß sofort aufgelöst werden.**
- **Der faktische Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für „alle Deutschen" ist aufzugeben.**
- **Die Streichung der 185000 DM aus Steuermitteln zum diesjährigen Schlesiertreffen.**
- **Die Streichung der Zuschüsse des Landes Niedersachsen für das „Schlesiermuseum" und die Kündigung der Patenschaft mit der „Schlesischen Landsmannschaft".**
- **Kohl und Albrecht dürfen auf dem Schlesiertreffen nicht sprechen!**

Das Ziel unseres Protestes ist die Politik des Revanchismus und des Nationalismus, wie sie die Vertriebenenfunktionäre mit praktischer und ideologischer Unterstützung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien betreiben. Wir wollen unseren Protest formulieren gegen diese Politik, die im Schlesiertreffen nur ihren sichtbaren Ausdruck findet. Wir fordern alle Menschen im Lande, vor allem auch die politisch Verantwortlichen in Stadt, Land und Bund auf, sich eindeutig hinter unsere Forderungen zu stellen, den 14. - 17. Juni in Hannover zu einem Signal gegen Revanchismus und Nationalismus zu machen.

Die Friedensversammlung Hannover und die Unterzeichner des Aufrufs führen folgende Aktionen und Veranstaltungen durch:

VORBEREITUNGSVERANSTALTUNG:

Freitag, 31. Mai 1985, 19.30 (Raschplatzpavillon)
- Informationen zum diesjährigen und zu früheren Schlesiertreffen
- Worin liegt die politische Brisanz des Schlesiertreffens für uns? Warum rufen wir zu Aktionen auf?
- Vorstellung und Diskussion der Aktionen

Freitag, 14. Juni 19 Uhr
Begrüßung der Schlesierfunktionäre durch die Landesregierung und durch uns
(nähere Einzelheiten werden noch gesondert veröffentlicht)

PODIUMSDISKUSSION: GEGEN REVANCHISMUS UND KRIEGSVORBEREITUNGEN!

Freitag, 14. Juni, 19 Uhr (Raschplatzpavillon)
eingeladen sind:
- Dorothee Sölle
- Rainer Trampert (Grüne)
- Günther Gauß (SPD)
- Georg Herde (VVN)
- ein/e Vertreter/in aus Polen

Die Diskussion wird u.a. um folgende **Fragen** geführt werden:
- Revanchismus — Steckenpferd „ewig Gestriger" oder ein politisches Problem?
- Bedeutung der „Deutschen Frage" im „Ost-West-Konflikt" heute und welche Alternativen kann es geben?

DEMONSTRATION

Samstag, 15. Juni 11 Uhr
Auftaktkundgebung auf dem Opernplatz
Demonstrationszug durch die Innenstadt
Abschlußkundgebung gegen 13.30 Uhr auf dem Weißekreuzplatz

anschließend: **KULTURVERANSTALTUNG**

Muttertagsdemo in Bonn:

„Heute wird hier Putz gemacht!"

Rund 5000 Frauen machten am letzten Samstag in Bonn „Putz". Zuerst auf den Straßen der Bundeshauptstadt. Dann auf den Poppelsdorfer Wiesen. Der Protest richtete sich gegen die frauenfeindliche Politik der Bonner Regierung. Es ging also um ernste Dinge. Die Stimmung der Demonstrantinnen allerdings war alles anderes als bierernst.

Bei strahlendem Sonnenschein herrschte beste Laune. Lila Luftballons, bunte Plakate, farbenfrohe Trümmerfrauen-Kostüme der „Grauen Pantherinnen", aus Protest gegen die geplanten Änderungen im Scheidungsrecht schwarz gekleidete Bräute und — bei Frauendemonstrationen inzwischen Tradition geworden — viel Lärm bestimmten das Bild.

Die Aktivitäten waren von einem breiten politischen Spektrum getragen, wenn auch DKP-orientierte Kräfte eindeutig am stärksten für die Demonstration mobilisiert hatten. Neben politischen Organisationen waren aber auch lokale Gruppen und Initiativen stark vertreten, und es gab relativ viele gewerkschaftliche Transparente.

Daß die Frauen von überall herkamen, war diesmal nicht nur zu lesen, sondern auch zu hören: „Eins, zwei, drei, vier — aus Ostfriesland kommen wir; fünf, sechs, sieben, acht — heute wird hier Putz gemacht". Das war eindeutig der beliebteste Sprechchor bei einer Demonstrationsgruppe aus Leer. Wahrscheinlich, weil sie — mit Recht — stolz darauf waren, daß sie mit immerhin 40 Ostfriedländerinnen nach Bonn angereist waren.

Die Sprechchöre ließen im übrigen aber auch keinen Zweifel daran aufkommen, warum die Frauen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Bonn gereist waren. Es ging gegen Geißler: „Geißler, wir kommen, Du hast Dich schlecht benommen; versteck Dich nicht, wir finden Dich!" Es gab den besonderen Frauengruß an die Bundesregierung: „Wir wünschen der Bundesregierung ein kräftiges dreifaches: Hau ab, hau ab, hau ab". Und es wurde unmißverständlich klargestellt: „Heute bleibt die Küche kalt; heute wird die Faust geballt".

Bei der Abschlußkundgebung sprachen Vertreterinnen der Organisationen, die zum Trägerkreis der Aktivitäten in Bonn gehören.

Angeprangert wurde das gesamte Spektrum der frauenfeindlichen Bonner Politik vom Sozialabbau bis zu den finanziellen Schwierigkeiten der Frauenhäuser, vom sog. Beschäftigungsförderungsgesetz bis zur Verdrängung der Frauen von den Hochschulen. Die Notwendigkeit, gegen all dies gemeinsam Widerstand zu leisten, wurde betont. Gefordert wurde aber auch die Weiterführung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn.

Besonderen Beifall erhielt Liselotte Milde von den „Grauen Pantherinnen". Sie zitierte Kanzler Kohls „Liebeserklärung" an die deutschen Frauen und insbesondere an die Großmütter von 1982 und stellte dagegen die tatsächliche Armut, in der gerade viele dieser „Großmütter" heute leben müssen. Sie prangerte die Verlogenheit einer Politik des angeblichen „Gemeinsinns" an, bei der die Prediger dieser Gemeinsinns-Politik sich für ihren Lebensabend drei- und vierfach absichern und gleichzeitig Tausende von Frauen zwingen, mit einer Rente unter 500 Mark zu leben.

Die Bundesregierung war übrigens mit einer Stellungnahme zu der Demonstration diesmal ausgesprochen fix. Bereits um 17.00 Uhr konnte man in den Nachrichten hören, daß die Frauen mit ihrer Forderung nach einer fraueunfreundlichen Politik bei der Bundesregierung offene Türen einrennen würden...



§ 1573

Der bisherige § 1573 geht davon aus, daß der geschiedene Ehegatte, soweit er nicht durch Kinderbetreuung o.ä. daran gehindert ist, sich bemühen muß, erwerbstätig zu werden. Nur wenn das nicht gelingt, besteht Anspruch auf Unterhalt.

Diese Regelung soll jetzt durch einen Absatz 5 ergänzt werden, wonach die Unterhaltsansprüche zeitlich begrenzt werden können. Begründung: die bestehende Massenarbeitslosigkeit.

§ 1579

Ein Unterhaltsanspruch ist zu versagen, herabzusetzen oder zeitlich zu begrenzen, soweit die Inanspruchnahme des Verpflichteten auch unter Berücksichtigung der Belange eines am Berechtigten zur Pflege oder Erziehung anvertrauten gemeinschaftlichen Kindes grob unbillig wäre, weil

1. die Ehe von kurzer Dauer war; der Ehedauer steht die Zeit gleich, in welcher der Berechtigte wegen der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 Unterhalt verlangen konnte,

2. der Berechtigte sich eines Verbrechens oder eines schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen des Verpflichteten schuldig gemacht hat,

3. der Berechtigte seine Bedürftigkeit mutwillig herbeigeführt hat,

4. der Berechtigte sich über schwerwiegende Vermögensinteressen des Verpflichteten mutwillig hinweggesetzt hat,

5. der Berechtigte vor der Trennung längere Zeit hindurch seine Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen, gröblich verletzt hat,

6. dem Berechtigten ein offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig bei ihm liegendes Fehlverhalten gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen des Verpflichteten zur Last fällt oder

7. ein anderer Grundvorliegt, der ebenso schwer wiegt wie die in den Nummern 1 bis 6 aufgeführten Gründe."

Gegen die Wende im Ehescheidungsrecht

Nachdem der frauenfeindliche Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Unterhaltsrechts im März bereits dem Bundestag zur 1. Lesung vorlag, soll am 12. Juni eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses dazu stattfinden. Geplant war allerdings eine öffentliche Anhörung besonderer Art. Eingeladen waren nämlich nur 13 Sachverständige — Vertreter der Verbände wollten CDU/CSU und FDP nicht dabei haben. Begründung: die Gegenargumente gegen den Entwurf seien der Regierung bereits bekannt. Erst nach wochenlangen Protesten sind jetzt einige Verbände doch noch eingeladen worden: u.a. Anwaltverein, Richterbund, Familiengerichtstag, Juristinnenverband.

Wir veröffentlichen im Folgenden Auszüge aus einer Stellungnahme des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter zu dem Gesetzentwurf. (Die gesamte Stellungnahme ist zu bekommen bei: VAMV, Kasernenstr. 7 b, 5300 Bonn 1)

„Der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher und anderer Vorschriften vom 19.7.1984 übertrifft die schlimmsten Befürchtungen des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter e.V. Bei den geplanten Neuregelungen handelt es sich nicht — wie angekündigt — um „Korrekturen", sondern um eine juristische Wende des gesamten Unterhaltsrechts, eine Wende fast ausschließlich zu Lasten von Frauen. Der Gesetzentwurf, für den verfassungsrechtlich und rechtspolitisch kein Anlaß besteht, bedeutet nicht nur Rückkehr zum Schuldprinzip im Unterhaltsrecht, sondern auch die Aushöhlung des gesamten Unterhaltsrechts, dessen Ausgestaltung künftig abhängig sein wird vom billigen Ermessen des jeweiligen einzelnen Richters."

„Folgt man der Begründung des Gesetzentwurfs, so gab es im Unterhaltsrecht seit 1977 zu wenig Gerechtigkeit im Einzelfall für den Unterhaltsverpflichteten.

Diese Behauptung ist bisher unbewiesen.

Sie kann sich nicht auf eine einzige empirische Untersuchung mit konkretem Zahlenmaterial stützen. Selbst die wenigen gern zitierten Einzelfälle wurden bisher aktenmäßig nicht belegt. Die Vermutung liegt daher nahe, daß diese Fälle weitgehend konstruiert sind."

„An die Öffentlichkeit gedrungen ist bisher lediglich das Klagen weniger Unterhalt zahlender Ehemänner. Diese Klagen sind verständlich, da niemand gern für Menschen zahlt, die er nicht mehr liebt. Das Klagen beweist aber nicht, daß jenen Unterhaltsverpflichteten Unrecht geschah."

„Nach einer neueren Untersuchung gehen nur 3,5 Prozent aller Ehescheidungsverfahren in die Berufung. Über 90 Prozent aller Ehescheidungen sind sogar einverständlich abgewickelt worden. Eine gerichtliche Entscheidung über den Unterhaltsanspruch der Ehegatten erfolgte nur in 3 Prozent aller Ehescheidungsverfahren."

„Das wahre Elend auf dem Gebiet des Unterhalts läßt sich mit gesetzgeberischen Mitteln ohnehin nicht beseitigen: Es ist das Unterhaltselend geschiedener Familienfrauen. Sie können in ihrer Mehrzahl aus wirtschaftlichen Gründen Unterhaltsansprüche nicht oder nur zu ganz geringen Beträgen realisieren, da das Durchschnittseinkommen einer Familie in der Bundesrepublik so gering ist, daß im Normalfall einer Ehescheidung nur Mangel zu verteilen ist. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von EMNID und des Max-Planck-Instituts aus den Jahren 1978 und 1979 über die wirtschaftliche Situation von Eineltern-Familien hatten nur 29 Prozent aller geschiedenen Mütter überhaupt einen Anspruch auf Unterhalt, der durchschnittliche Unterhalt dieser 29 Prozent betrug monatlich DM 420,—, ein Drittel aller geschiedenen Mütter erhielt Sozialhilfe. 74 Prozent aller geschiedenen Mütter waren wieder erwerbstätig. Die Untersuchungen ergaben, daß geschiedene Mütter an der untersten Stufe der Lebenshaltung in der Bundesrepublik stehen, nur noch unterboten von ledigen Müttern. In der Zwischenzeit hat sich diese Situation durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch verschlechtert.

Geschiedene Familienfrauen leben also in ihrer Mehrzahl auch nach jahrelanger Pflichterfüllung in der Familie ohne einen Pfennig Unterhalt am Rande des Existenzminimums. Vom Unrecht — im Einzelfall und in tausenden von Fällen — das diese Frauen empfinden müssen, ist nirgends die Rede."

„Wenn für die Vorlage des Gesetzentwurfs ein begründeter Anlaß nicht besteht, dann liegt die Frage nahe, welche Gründe für den Wunsch nach Änderung des Scheidungsrechts maßgebend sein könnten. Bisher gibt es hierzu nur Vermutungen. Vermutungen zum Beispiel, es breite sich Angst aus vor der ständig wachsenden Eigenständigkeit von Frauen in diesem Lande. Ist die Gesetzesinitiative das, was der Bremer Rechtsprofessor Derleder „die nue Zähmung der Widerspenstigen" nannte? Geht es darum, der alten Doppelmoral zum Siege zu verhelfen? Eine Moral, die es jedem berufstätigen Ehemann gestattet, seine Familie zu verlassen, mit der Freundin zusammenzuziehen und dennoch eine objektiv faire finanzielle Auseinandersetzung zwischen den Ehegatten zu verlangen; eine Moral, die Familienfrauen in der gleichen Situation mit dem Verlust aller wohlerworbenen Ansprüche bestraft. Sollten derartige Vermutungen nicht begründet sein, so ist der vorliegende Gesetzentwurf überflüssig."

„Mit dieser Stellungnahme zu der geplanten Neuregelung im Unterhaltsrecht soll nicht der Eindruck erweckt werden, als sei es für Frauen in dieser Gesellschaft erstrebenswert, möglichst gesicherte und umfangreiche Unterhaltsrechte bei Trennung oder Scheidung zu erhalten. Im Gegenteil: Das Ziel aller Bemühungen um Gleichberechtigung und Emanzipation muß eine soziale Wirklichkeit sein, in der Unterhaltsrechte und -pflichten überflüssig werden. Dies setzte voraus, daß Männer und Frauen in dieser Gesellschaft ohne gegenseitige Benachteiligungen Berufe erlernen und ausüben, um ihre eigene wirtschaftliche Existenz zu sichern. Voraussetzung wäre weiterhin, daß sowohl Väter wie Mütter ihre Berufstätigkeit für die Zeit der Kindesbetreuung einschränken und daß beide im gleichen Umfang Familienarbeit leisten."

Bei Heirat Arbeitskraft 2. Wahl

Eine geradezu unglaubliche Betriebsvereinbarung wurde Anfang Mai bei der Firma Bauer im sauerländischen Voerde abgeschlossen. Im Zuge einer Regelung über die 38,5-Stunden-Woche, die ebenfalls ein einziger Skandal ist, wurde nämlich gleichzeitig noch eine Vereinbarung über die „Arbeitszeit für gewerbliche, flexible Teilzeitkräfte zur Anpassung an wechselnde Arbeitsmengen" mit beschlossen. Darin heißt es wörtlich: „Der Betriebsrat und die Geschäftsleitung der Firma C. A. Bauer vereinbaren, daß alle neu einzustellenden weiblichen Zweitverdiener (!) in diese Gruppierung eingestuft werden und bei Heirat — gem. Einzelvertrag — in diese Gruppe umgestuft werden." Begründung: Diese Umgruppierung „trägt den neuen Markterfordernissen Rechnung und entspricht der sozialen Komponente."

Nachdem diese Betriebsvereinbarung am schwarzen Brett erschien, gab es so viel Protest, daß der Betriebsratsvorsitzende und ein weiterer Betriebsrat zurücktreten mußten. Die IG Metall wird die Vereinbarung juristisch anfechten.

Bauer wird diesen Prozeß verlieren. Das ist jetzt schon klar. Denn — noch — sind die Gesetze nicht so. Trotzdem: so ganz exotisch ist das auch wieder nicht, was bei Bauer geschieht. Denn immerhin gibt es in Bayern und Baden-Württemberg mittlerweile offizielle Appelle an die — hier Doppelverdiener genannten — Frauen, entweder ganz aufzuhören oder auf Teilzeit umzusteigen...

Paraguay

5 000 gegen Stroessner

In der paraguayischen Hauptstadt Asuncion haben am vergangenen Dienstag rund 5000 Menschen gegen die Stroessner-Diktatur protestiert. Diese, für den südamerikanischen Polizeistaat aufsehenerregende Aktion stand unter den Forderungen nach Freilassung aller politischen Gefangenen und der Achtung der Menschenrechte. In Anspielung auf die drei Nachbarländer, in denen die Zeit der offenen Militärdiktatur vorbei ist, riefen die Demonstranten immer wieder „Argentinien, Brasilien, Uruguay — jetzt Paraguay!“



Einen hoffentlich „heißen“ Empfang bekommt Diktator Stroessner am 30. 6. in Bonn

Am 30.6. in Bonn

Gegen den Besuch des paraguayischen Diktators Alfredo Stroessner soll am 30. Juni in Bonn demonstriert werden. Initiatoren der Demo sind die Jusos, amnesty international tritt als Mitveranstalter auf. Die Jusos verweisen auf die Unterdrückung der Menschenrechte in Paraguay und darauf, daß in dem südamerikanischen Land zahlreiche Alt-Nazis Unterschlupf fanden.

Dänemark

Parlament gegen SDI

Das „Krieg-der-Sterne“-Programm des US-Imperialismus, kurz SDI-Programm genannt, ist auf Ablehnung der Mehrheit des dänischen Parlaments gestoßen. In einer von 64 der 118 Abgeordneten angenommenen Entschließung heißt es, Dänemark sei gegen die Stationierung von Waffen im Weltraum sowie entsprechende Forschungs- und Entwicklungsprogramme. Die dänische Regierung wird in dieser Entschließung beauftragt, innerhalb der NATO und anderen internationalen Organisationen aktiv gegen eine Militarisierung des Weltraums einzutreten. Die konservativen Parteien, die die Regierung Schlüter tragen, haben nicht gegen den Antrag gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten.

Trotz großer Schwierigkeiten

Die Blockade Nicaraguas wird nicht gelingen

Nach einer ausgedehnten Reise des nicaraguanischen Staatspräsidenten Daniel Ortega durch verschiedenste Staaten Ost- und Westeuropas glaubt man in Managua daran, die meisten Handelsbeschränkungen, die durch das US-Embargo verhängt worden sind, durch neue Kontakte und Geschäftsverbindungen unterlaufen zu können. Trotzdem, so Ortega in der vergangenen Woche, wird es gerade in der ersten Zeit noch zu vielen wirtschaftlichen Problemen kommen.

Die vielen Hilfsangebote, die neuen Handelsverbindungen sind ein Schlag gegen die Absichten der USA, Nicaragua völlig zu isolieren. Das Land ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Strukturen auf den Außenhandel angewiesen und muß die Blockadepolitik der US-Imperialisten durchbrechen. Die USA ihrerseits haben schon wieder neue Aktivitäten gegen das kleine mittelamerikanische Land gestartet.

So hat El Salvadors Präsident Duarte — als einziger Staatschef Mittelamerikas — in Washington die Politik der USA begrüßt. Duarte wurde dafür von Ronald Reagan hochgelobt. Der Präsident begrüßte die „positive Entwicklung in El Salvador“ und dankte für die „mutige Unterstützung“ des Massenmörders Duarte bei der Durchsetzung des Handelsembargos gegen Nicaragua.

Nach der Abstimmungsniederlage des Präsidenten bei seinem Antrag für Millionen Dollar Hilfe für die Contras geht die US-Politik jetzt immer mehr zur „Privatisierung“ dieser Hilfe über. Einflußreiche rechte Kreise sammeln mit mehr oder weniger offizieller Unterstützung enorme Geldsummen für die Unterstützung der Anhänger des alten Diktators Somoza.

Die Contra in Nicaragua führt weiter Krieg. Nach Angaben des nicaraguanischen Verteidigungsministeriums haben Ende letzter Woche nicaraguanische Truppen einen Angriff von konterrevolutionären Rebellen an der Atlantikküste zurückgeschlagen. Dabei seien 22 Contras getötet worden. Zu einem einstündigen Gefecht sei es am vergangenen Donnerstag auch an der Küste bei Bluefields, der größten Atlantikküstenstadt gekommen. Während der vergangenen zwei Wochen seien insgesamt 314 Rebellen getötet worden und 92 verletzt. Das nicaraguanische Verteidigungsministerium teilte ferner mit, die von den USA unterstützten Contras hätten im genannten Zeitraum insgesamt 57 Zivilisten getötet, verletzt oder entführt.



Kommunalwahlen in Nordirland

Zehn Prozent für Sinn Fein

„IRA-Extremisten im Parlament Nordirlands“ — so überschrieb die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ eine kleine Meldung über den Ausgang der Gemeinde- und Bezirksparlamentswahlen. Ähnlich schrill ist auch das Aufstöhnen der bürgerlichen Parteien in Nordirland über den Erfolg der Politik „Armalite an ballot bow“ — mit Gewehr und Stimmzetel — wie sie die patriotischen Kräfte Nordirlands betreiben.

Sinn Fein ist die politische Organisation der nordirischen Patrioten, die gegen die Besatzung und Unterdrückung ihres Landes durch die britischen Truppen kämpfen. Neben der militärischen Organisationen IRA (Irisch Republikanische Armee) haben sie die Partei Sinn Fein aufgebaut, die immer deutlichere Erfolge erringt. Bislang spektakulärster Sieg der Sinn Fein war die Erringung eines Mandats im britischen Unterhaus durch den Präsidenten der Sinn Fein Gary Adam (38). Er hat jedoch sein Mandat für den Wąhlkreis Belfast-West nie angetreten, weil er das britische Unterhaus nie betreten will.

Bei den Kommunalwahlen in der vergangenen Woche gab es wieder eine erfolgreiche Wahlteilnahme. Nach den vorläufigen Ergebnissen werden Abgeordnete der Sinn Fein durch ihre 10 Prozent Stimmenanteil in 17 der 26 Gemeinderäte vertreten sein und insgesamt rund 50 der 556 Gemeinderatssitze einnehmen. Die Mehrheiten bleiben weiter bei den „königstreuen“ Parteien, die vor allem protestantische Wähler vertreten, dabei ist die rechtsradikale Partei des Ian Paisley hinter die gemäßigten „Demokratischen Unionisten“ zurückgefallen. Die mit Sinn Fein konkurrierende SDLP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) kam auf nur noch 16 Prozent und wird insgesamt rund 90 Abgeordente stellen.

Für Sinn Fein war dies die erste Teilnahme an Kommunalwahlen. Nach dem spektakulären Wahlsieg des Gary Adams und einem Stimmanteil von jeweil 13 Prozent bei den Unterhauswahlen und den Europawahlen scheint sich die Sinn Fein in der Parteienlandschaft Nordirlands fest zu etablieren. Die Parteien der Rechten haben nach den Wahlergebnissen einen Totalboykott erklärt. Die Führer der beiden rechten Parteien erklärten, mit den Leuten der Sinn Fein werde es „keinerlei Kooperation“ geben. Moderater hörte sich die Stellungnahme der SDLP an. Ihr Vorsitzender John Hulme erklärte, seine Partei werde sich in zahlreichen katholischen Orten mit Sinn Fein arrangieren müssen, es gehe nicht an, daß Politiker, die nun einmal demokratisch gewählt seien, auf verschiedene Weise behandelt würden.



Elf Tote und ein Stadtviertel in Trümmern . . .

... das ist die Bilanz eines Polizeieinsatzes in Philadelphia anfang vergangener Woche. Anwohner hatten sich über das Treiben einer kleinen Sekte in ihrem Wohnviertel beschwert. Als die Polizei anrückte und auf bewaffneten Widerstand aus dem Haus der Sekte traf, wurde ein mittlerer Krieg veranstaltet. Ein Polizeihubschrauber warf eine Brandbombe auf das Haus ab. Und obwohl das Feuer sehr schnell andere Häuser ergriff, wurde die Feuerwehr am Eingreifen lange gehindert. Die Bewohner, die schnell evakuiert wurden, beschimpften die Polizisten als „Mörder“ und „Brandstifter“. Die Bilanz des Polizeieinsatzes: elf Tote, rund 60 Häuser in Schutt und Asche, 225 Menschen sind obdachlos. Die meisten der gesuchten Sektenmitglieder sind irgendwie entkommen ...

BEKANNTMACHUNG

Im Belgrader Gefängnis wurde unser Freund und unvergeßlicher Bruder ermordet

Zijah Shemsiu (1.7.1950 - 4.5.1985)

Liebe Freunde und Bekannte,

am 4. Mai 1985 wurde die Familie Shemsiu von Perlepnica in der Region Gjilane von Kosova durch die Polizei vom Tode ihres Sohnes informiert und aufgefordert, den toten Zijah im Gefängnis von Belgrad abzuholen.

Zijah Shemsiu wurde am 1. Juli 1950 in Perlepnica geboren, wo er auch die Schule beendete. Später besuchte er die Mittelschule in Gjilane, wo er das Lehrerdiplom erhielt. Der wirtschaftlichen und politischen Lage wegen konnte er seinen Beruf nicht ausüben und sah sich gezwungen, ins Ausland zu gehen.

Unser Freund Zijah Shemsiu hat als überzeugter Patriot schon früh von den Ungerechtigkeiten gegen sein Volk in Jugoslawien erfahren. Mit viel Willen und großer Tapferkeit ergriff er Partei für die Freiheit. Im Kontakt mit dem Antifaschisten Kadri Zeka und mit viel Begeisterung wurde er Mitglied der „Bewegung für eine Albanische Sozialistische Republik in Jugoslawien“, in der er sehr aktiv mitarbeitete. Mit Umsicht und viel Mut erfüllte er die übernommenen Arbeiten. Mit uneigennützigem Einsatz widmete er sich den Aufgaben für die Republik Kosova und gab dafür letztlich auch sein Leben. Er hat an allen Demonstrationen teilgenommen, die Emigranten in Westeuropa organisierten zur Unterstützung der Forderungen des albanischen Volkes.

Zusammen mit vielen anderen Freunden hat er die Verpflichtung übernommen, die Öffentlichkeit über die Tragödie des albanischen Volkes in Jugoslawien zu informieren, die durch Okkupation und Unterdrückung durch die machthabenden Serben, Montenegriner und Mazedonier entstand.

Am 9. Oktober 1983 übernahm Zijah Shemsiu die Beförderung von politischem Material wie „Lied für die Freiheit“, „Freiheit“, „Zeri i Kosoves“ und anderes, um zur Information und Aufklärung über die Lage und das Unglück des Volkes beizutragen. Zusammen mit Sami Kurteshi wurde er vom jugoslawischen Geheimdienst UDB verhaftet, der auch die Spezialgruppe für die Überwachung und Unterdrückung des albanischen Volkes und anderer ist. Nach schrecklichen Folterungen im Zentralgefängnis wurde er zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, zusammen mit dem Vater und zwei Brüdern.

Unser Freund Zijah Shemsiu verhielt sich den jugoslawischen Terroristen des UDB gegenüber immer standhaft und vertrat bis zuletzt die legitimen Rechten unseres Volkes auf eine Republik Kosova. Die Geheimpolizei gab durch die Ermordung unseres Freundes erneut ihre Gesinnung und Methode bekannt. Diese kriminelle Handlung hat Kosova und fortschrittliche Menschen mit Zorn und Empörung erfüllt, aber das albanische Volk ist stolz, solche Söhne wie Zijah Shemsiu zu haben.

Patriotische Ehre und unvergängliche Erinnerung unserem Freunde Zijah Shemsiu!

Bewegung für eine Albanische Sozialistische Republik in Jugoslawien, Badhausstr. 35, CH 2503 Biel

Ein Kriegerdenkmal und sein „Kommentar"

Der erste Teil von Hrdlickas antifaschistischem Monument in Hamburg enthüllt

Am 8. Mai — dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus — wurde am Hamburger Stephansplatz der erste Teil eines gewaltigen antifaschistischen Monuments enthüllt, das der Senat bei dem Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka in Auftrag gegeben hat. Nicht nur die Ausführung dieses Monuments, auch seine Konzeption ist außergewöhnlich: Hrdlicka wird einen Gegenentwurf schaffen zu dem (am gleichen Ort stehenden) Denkmal des Hamburger 76er Regiments, dem wohl berüchtigtsten und am heftigsten umstrittenen Kriegerdenkmal der BRD.

Bei diesem — im März 1936 eingeweihten — Denkmal von R. Kuöhl handelt es sich um ein geradezu exemplarisches Produkt der faschistischen Epoche. Es besteht aus einem sieben Meter hohen quaderförmigen Block aus Muschelkalk, um den sich ein Reliefband mit überlebensgroßen marschierenden Soldaten zieht. Über dem Reliefband steht in frakturähnlichen weithin sichtbaren Lettern eine Zeile aus dem Gedicht „Soldatenabschied" von H. Lersch: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen."

Die Begeisterung, die dieses Denkmal seit 1936 bei Faschisten und anderen Kriegstreibern hervorgerufen hat, ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß es Kuöhl in der Tat perfekt gelungen ist, die Parole von Lersch in Stein umzusetzen. Schon der ungegliederte kompakte Block versinnbildlicht ein „Deutschland", das einerseits eine monolithische widerspruchslose Einheit (Volksgemeinschaft) darstellt und andererseits als ein abstrakter „höherer" Wert aufgefaßt ist, dem sich die einzelnen „Volksgenossen" bis zum Einsatz ihres Lebens unterordnen müssen. Dieser Eindruck wird durch das Relief noch verstärkt: Es zeigt eine Reihung von marschierenden Soldaten, die völlig gleichförmig in Bewegung, Haltung usw. gestaltet sind und wie fabrikmäßig hergestellt wirken. In diesen Soldaten ist nicht nur die gesichtslose Kriegsmaschine des Weltkriegs verherrlicht, sondern eben auch die Volksgemeinschaft, so wie sie der deutsche Faschismus nach dem Vorbild dieser Kriegsmaschine schaffen wollte.

„Für den Faschismus ist das Militär nicht nur Vorbild für politische und soziale Organisationsformen, sondern der Soldat fungiert als Idealbild des Menschen schlechthin und der Krieg als Höhepunkt menschlicher Selbstverwirklichung. Vorstellungen von Leitung und Auslese der Besten, von Härte und Verzicht, von Männlichkeit und Mut, von Heldentum und Todesbereitschaft, von Zucht und Gehorsam, von Gewalt und Unterwerfung verbinden sich hier zu einer Ideologie, in der das Wesen des Faschismus vielleicht am reinsten zum Ausdruck kommt." (R. Kühnl)

Daß Kuöhl sein Denkmal in genau diesem Sinne aufgefaßt hat, wird auch darin deutlich, daß die gesamte Anlage (obwohl ihr „offizieller" Zweck das Gedenken an die Gefallenen des 76er Regiments war) keinerlei Verweise auf die Toten — in Form von Grabkreuzen oder Trauersymbolen — enthält; das hätte bei der Funktionalisierung des Denkmals für die faschistische Volksgemeinschaft und für den neuen Krieg offenbar nur gestört. Das 76er Regiment tritt „konkret" nur in Erscheinung durch die Aufzählung seiner Schlachten im Ersten Weltkrieg; und auch dort (auf einer niedrigen Klagemauer, die das Denkmal umsäumt) ist nicht von Toten die Rede, sondern es heißt — unter Hinweis auf die im Weltkrieg geschlagenen Schlachten — beziehungsreich: „Großtaten der Vergangenheit sind Brückenpfeiler der Zukunft." Alles an diesem Denkmal ist also, einschließlich der Lersch-Parole, auf Gegenwart und Zukunft gerichtet, auf die Verherrlichung des Krieges und des faschistischen Kriegertums, auf die Mobilisierung für den geplanten und von der deutschen Bourgeoisie herbeigesehnten Revanchekrieg: „Der deutsche Imperialismus muß siegen, und wenn wir sterben müssen."



Hrdlickas Gegenentwurf ...



... zum alten faschistischen Kriegerdenkmal

Daß eine solche Interpretation des Kriegerdenkmals am Stephansplatz nicht „überspitzt" ist, sondern genau die Absichten seiner Erbauer und Auftraggeber ausdrückt, läßt sich leicht an einer Vielzahl zeitgenössischer Quellen belegen. So heißt es beispielsweise in einem Hamburger Schulbuch von 1936: „Mehr als 20 Jahre nach Kriegsausbruch hat Hamburg endlich ein Ehrenmal erhalten, das deutsches Heldentum und deutsche Mannesart verkörpert. (...) Richard Kuöhls marschierende Soldaten künden in ihrem mächtigen Rhythmus das Heldentum des Gehorsams und die Volksgemeinschaft, die der große Krieg schuf, und über ihnen, hinauswachsend über den Einzelnen, steht das ehrwüdige Hamburger Wappen als Sinnbild der Heimat, für die sie hinausgezogen, für die so viele ihr Leben hingaben. (...) Als künstlerische Bändigung des gewaltigen Kriegserlebnisses in schlichtester Form ist es (das Denkmal — RM) eins der bedeutendsten rein plastisch gestalteten deutschen Ehrenmäler."

Gerade angesichts der hier zitierten Zeilen kann man ermessen, was es bedeutet, daß die Hamburger Behörden nach der Befreiung die unmißverständlichen Weisungen des alliierten Kontrollrats („Liquidierung deutscher militärischer und Nazi-Denkmäler") unterliefen und den faschistischen Klotz am Stephansplatz vor den Sprengkommandos der Engländer retteten. (In dieser Haltung spiegelte sich übrigens nur der „Zeitgeist" wider: 85 Prozent aller Kriegerdenkmäler in der BRD sind vor 1945 — errichtet worden, 60 Prozent davon während der faschistischen Diktatur.)

So konnte das 76er Denkmal auch nach dem Krieg (und bis heute) seine intendierten Funktionen unter anderen Bedingungen weitererfüllen, vor allem auch die Funktion (wie es in Huldigungen aus den dreißiger Jahren heißt), mitten in der Stadt ein „Aufmarschgelände für feierliche Veranstaltungen", ein „nationaler Wallfahrtsort" zu sein. Bundeswehreinheiten hielten (und halten vorzugsweise am „Volkstrauertag") hier gemeinsam (!) mit alten Kameraden von der Waffen-SS ihre Feierstunden ab; die ANS hat das Gelände natürlich als passenden Ort für ihre Propagandaaufmärsche entdeckt usw. Auf der anderen Seite entwickelte sich seit den siebziger Jahren eine immer stärker werdende Bewegung, die unter der Parole „Der Klotz muß weg!" dem faschistischen Monument mit Farbbeuteln, Hammer und Meißer, sogar (leider vergeblichen) Sprengversuchen immer wieder zu Leibe rückte.

Die lange Geschichte der Auseinandersetzungen über den „Klotz" kann hier nicht nacherzählt werden. Es soll nur der oft geäußerten Meinung entgegengetreten werden, es habe sich dabei nur um einen Streit um „Symbole" gehandelt. Tatsächlich war diese immer heftigere Auseinandersetzung ein Ausdruck der sich verschärfenden Polarisierung der politischen Lager (vor allem seit der Wende), und sie berührte die gleichen Fragen, wie sie anläßlich des 8. Mai in der gesamten BRD aufbrachen. Es zeigte sich,



Das neue vor dem alten Denkmal

daß die Verteidiger des Denkmals (in Hamburg vor allem die Springer-Presse) sich in die Front derjenigen stellten, die endlich aus dem Schatten Hitlers heraustreten wollten (Dregger), die auf eine ungebrochene Kontinuität der deutschen Geschichte setzen, um bruchlos an den Eroberungsplänen des faschistischen Imperialismus wiederanknüpfen zu können. Für diese Kräfte war und ist das 76er Denkmal allerdings unverzichtbar als sichtbares Zeichen der Kontinuität bei der Mobilisierung für Volksgemeinschaft und Revanchekrieg. Oder wie es der Veteranenverband des 76er Regiments ausdrückte: Das Denkmal „ist in seiner Einmaligkeit zum Wahrzeichen der Hamburger Innenstadt und zum Symbol guten deutschen Soldatentums schlechthin geworden.“

Unter diesen Umständen geriet der Hamburger SPD-Senat immer stärker in Handlungszwang. Nicht nur unter dem Druck der Anti-Denkmals-Bewegung (und entsprechender Abriß-Beschlüsse von Parteigliederungen, die nicht mehr — wie noch in den siebziger Jahren — einfach mißachtet werden konnten). Es stellte sich jetzt auch generell die Notwendigkeit, an die Stelle der „Gemeinsamkeit der Demokraten“ aus der Schmidt-Ära zumindest punktuell Abgrenzungslinien gegen die Offensive der Dregger/Geißler/Hupka zu ziehen. In diesem Rahmen muß der Auftrag an Hrdlicka für ein „Gegendenkmal“ gesehen werden. Der entsprechende Beschluß des Hamburger Senats ist genau das, was in den noch verbliebenen linksliberalen Medien gerne als „mutig“ bewundert und gefeiert wird.

In der Tat stellt er einen Bruch mit der BRD-üblichen denkmalsmäßigen Bewältigung des letzten Krieges und seiner Ursachen dar. Monumente vom Typ des 76er Denkmals sind nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg des deutschen Imperialismus nicht mehr möglich gewesen. An die Stelle der Verherrlichung des Krieges trat nach 1945 aber keineswegs die eindeutige Anklage gegen den Krieg und seine Verursacher. Typisch für die nach der Befreiung errichteten Mahnmale an Krieg und „Gewaltherrschaft“ war vielmehr zweierlei: a) ihre Errichtung an möglichst abgelegenen Plätzen (vorzugsweise in der weihevollen Atmosphäre von Friedhöfen) und b) der Verzicht auf eine wirkliche Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg. In der Regel unterwarf man sich dem Diktat der ungegenständlichen Darstellung oder wählte allgemein gehaltene Trauersymbole (gerne christlich motiviert!), um dem herrschenden Verständnis — das in Krieg und Faschismus allerhöchstens eine Art Naturkatastrophe zu sehen bereit war — zu entsprechen.

Das neue Hamburger Monument dagegen wird durch seinen Standort in der Innenstadt direkt in den Alltag einbezogen sein und zudem noch — wie erwähnt — unmittelbar neben dem faschistischen Kriegerdenkmal stehen. Zum anderen wurde mit Hrdlicka, dem vielleicht bedeutendsten Bildhauer der Gegenwart, ein Künstler verpflichtet, der wie kaum ein anderer den Realismus als Gestaltungsprinzip verteidigt und das Diktat des Ungegenständlichen als Rückzug aus der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit bekämpft. „In der bildenden Kunst wurde die Neutronenbombe längst hypothetisch gezündet: Das anpassungsfähige, experimentierbeflissene Meerschwein Künstler hat in großer Zahl zufriedenstellend darauf reagiert und den Menschen aus seiner bildnerischen Vorstellungswelt eliminiert. Ein Weltbild ohne Menschenbild, dominiert von Quadraten, Ornamenten, Strukturen, Nirostaplatten und -röhren, Stangen, Kugeln, Würfeln und ähnlich aufregenden und gestaltungswürdigen Bildinhalten.“ (Hrdlicka)

Daß der Wiener Bildhauer seinen öffentlichen Auftraggebern (zur Zeit arbeitet er neben Hamburg an einem antifaschistischen Monument in Wien und am Revolutionsdenkmal in Managua) nichts Gefälliges liefert, hat er nicht zuletzt mit seinem Wuppertaler Engels-Denkmal bewiesen — einem großen Block, der das an seinen Ketten zerrende Proletariat darstellt. Dennoch war der Auftrag an Hrdlicka eine typisch sozialdemokratische Kompromißentscheidung. Denn sein Monument soll ja nicht *anstelle* des 76er Kriegerdenkmals am Stephansplatz stehen, sondern dieses Denkmal — wie es jetzt gesagt wird — nur „kommentieren“. So hat sich der Senat also erfolgreich um eine politische Entscheidung, nämlich den geforderten Abriß des „Klotzes“ herumgedrückt: Die Reaktionäre behalten ihr faschistisches Kriegerdenkmal und die Antifaschisten bekommen ihren Hrdlicka.

Diese Kompromißlinie drückte die Kultursenatorin Schuchardt bei der Einweihung am 8. Mai ganz platt aus, indem sie als Ziel der Senatsentscheidung eine „Befriedung“ im Denkmals-Streit herausstellte: Der „Klotz“ wurde einfach zu einem „Teil unserer Geschichte“ erklärt, der deshalb nicht angerührt werden dürfte. Und die geistlose Auseinandersetzung durch das untaugliche Argument der Farbbeutel solle ersetzt werden durch eine künstlerische, geistige Auseinandersetzung. So hätte man denn einen politischen Kampf in die hohen Sphären des „Geistigen“ abgedrängt.

Diese Rechnung scheint aufzugehen, weil Hrdlicka sich schon im ersten, jetzt fertiggestellten Teil seiner Arbeit — dem „Hamburger Feuersturm“ — unmittelbar auf den Quader von Kuöhl bezieht. Gegen einen Abriß des Kriegerdenkmals stehen also jetzt gewichtige ästhetische Gründe, weil es ganz offensichtlich zu einem integralen Bestandteil des antifaschistischen Monuments werden wird. Die Rechnung allerdings — insofern sie auf Versöhnung und Befriedung zielt — geht dennoch nicht auf, eben weil Hrdlickas Arbeit selbst politisch ist und somit die Auseinandersetzung, die den Denkmalsstreit geprägt hat, nur weiter auf die Spitze treibt.

Hrdlicka hat im ersten Teil seines Monuments — drei weitere Teile werden folgen — dem ungegliederten Muschelkalk-Block eine sehr schmale, zerbrechlich wirkende Bronzewand von etwa fünf Meter Höhe und sieben Meter Breite entgegengestellt. Es ist dies eine Flammenwand, wie sie für den durch die verheerenden Bombenangriffe der letzten Kriegsjahre verursachten Feuersturm charakteristisch war. Kenntlich sind die zusammenstürzenden Balken eines Hauses; Hrdlicka hat jedoch darauf verzichtet, die Flammen naturalistisch nachzumodellieren. Stattdessen hat er die Bronze beim Guß ausspritzen und erstarren lassen (was ähnliche Effekte ergibt wie beim Sylvester-Bleigießen) und so ein ausgefranstes und ausgeglühtes Material erhalten, das die elementare Zerstörungskraft des Feuers sinnfällig macht. In der späteren Ausführung wird diese Flammenwand wie eine Kreissäge in einen Marmorblock schneiden, der fliehende Menschen darstellt.

Auf beiden Seiten der Wand — sehr vereinzelt und somit im direkten Kontrast zu der monotonen, überindividuellen Reihung der Soldaten auf dem Relief des Kriegerdenkmals — sind zwei menschliche Figuren buchstäblich in die Feuerwand eingeschmolzen. Die Darstellung gewinnt ihre Spannung und ihre erschütternde Eindringlichkeit durch den Kontrast einiger von den Flammen unversehrt gelassener Details — ein Paar Stiefel, ein Zopf, ein skelettierter Arm — mit der übrigen, zur Unkenntlichkeit zusammengeschmolzenen Masse der Körper. Assoziationen zu Bildern, wie man sie von den im Atomblitz von Hiroshima verdampften Menschen kennt, sind wohl nicht unbeabsichtigt.

Schließlich, ebenfalls auf je einer Seite der Wand — aber in seltsamer Beziehungslosigkeit zu ihr — zwei Marmorfiguren: ein stürzender männlicher Torso und eine weibliche Figur, ebenfalls Torso, niedergedrückt durch das Fragment eines riesigen Hakenkreuzes, das im rechten Winkel zur Flammenwand steht. Dieses in Teilstücke zerschlagene Hakenkreuz soll offenbar den Rahmen des gesamten Monuments bilden. Vorgesehen sind noch drei weitere Teile: „Soldatentod“, in dem — wieder in Abgrenzung zu dem Soldatenrelief, das wirkliche Sterben im Krieg dargestellt werden soll; „Glaube und Schönheit“, in dem Hrdlicka das Frauenbild des Faschismus parodieren und mit medizinischen Experimenten an KZ-Insassinnen konfrontieren will; schließlich „Verfolgung und Widerstand“, wo das Hakenkreuz und ein zum Hitlergruß erhobener Arm als mit Fleischerhaken besetzte Galgen auftauchen werden.

Noch existieren von diesen Teilen des antifaschistischen Monuments nur erste Skizzen, die über die endgültige Gestaltung nicht viel aussagen dürften. Noch ist nicht abzusehen, wie Hrdlicka die Fülle seiner Ideen und Vorstellungen zu einer Einheit bringen will. Bereits der „Hamburger Feuersturm“ aber läßt erkennen, daß hier ein in der BRD einmaliges „Denkmal“ entsteht, vielleicht auch — wie F. Raddatz in der „Zeit“ schrieb — „die wichtigste Arbeit des 57jährigen Wieners.“

RM Verlag | Aktuelles Angebot



Kommunistische Hefte. Die neueste Ausgabe der theoretischen Zeitschrift der KPD berichtet über Arbeiterinitiativen in der damaligen SBZ: **Antifaschistische Ausschüsse und Betriebsrätebewegung.** Ferner über das Verhältnis von SED und Arbeiterklasse in den Anfangsjahren der DDR **(Vom Brechen mit alten Vorstellungen)** und enthält eine Auswertung der **Betriebsratswahlen 1984.**

Preis DM 6,—



Das RM-Taschenbuch über Wirtschaftskrise, Wendepolitik und Widerstand **Das Krisenbuch** von H. Siemon und D. Schneider herausgegeben, befaßt sich unter anderem mit der Entwicklung der Krisenbranchen Stahl, Kohle und Schiffbau. Dokumentiert beispielhaften Widerstand: Die HDW-Besetzung und erläutert Ursachen und Perspektiven der Weltwirtschaftskrise

333 Seiten DM 14,80



Das gekaufte Parlament — Eine bestechende Bilanz — das ist der Titel einer Broschüre des RM-Verlages über die wichtigsten Stationen der Flick-Affäre. Hier wird ein schmutziges Kapitel aktueller bundesrepublikanischer Politik nachgezeichnet.

Preis nur DM 3,00



Liebe Grüße gegen die Wende Ansichtskarten aus der geflickten Republik. 8 verschiedene, teils zweifarbige Postkarten mit innenpolitischen Motiven.

Jetzt nur noch DM 3,00



Nicaragua wird siegen! 8 verschiedene teils zweifarbige Postkarten mit Motiven des legendären nicaraguanischen Guerillaführers Sandino.

Jetzt nur noch DM 3,00

Bestellungen an: **RM-Verlag,** Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30

Kurz nach dem 8. Mai '45...

Klaus Mann

Klaus Mann, der älteste Sohn Thomas Manns, erlebte die Befreiung Deutschlands vom Hitler-Faschismus als Korrespondent einer amerikanischen Zeitung mit. Die folgenden Textauszüge stammen aus einem Brief Klaus Manns an seinen Vater vom 16. Mai 1945. Empört und erschüttert, mitfühlend aber immer in kritischer Distanz berichtet er über das, was von Deutschland übriggeblieben war. Unsere Auszüge enthalten Notizen aus Dachau, den Bericht über ein Gespräch mit Hermann Göring sowie einen Besuch beim Komponisten Richard Strauß.

Ich habe über Dachau geschrieben — wie schon andere vor mir; aber man kann es nicht oft genug tun. Zur Zeit meiner Visite, am 11. Mai, war das Schreckenslager nicht mehr ganz in seinem infernalischen Urzustund, aber noch immer von bemerkenswerter Gräßlichkeit. Durch die kräftigen Gerüche der Desinfektionsmittel hindurch erkannte man, nicht ohne Schaudern und leichte Übelkeit, jenes andere Aroma, das süßlich-faulige, mit dem die Toten sich in Erinnerung zu bringen lieben. Folterkammer, Öfen und Galgen wurden als makabre Sehenswürdigkeiten inspiziert, wie die Eiserne Jungfrau und das Rad im Museum. Dieser ganze Mordapparat, wenngleich hochmodern in seiner technischen Ausführung, machte irgendwie den Eindruck des Unwirklichen, Phantastischen oder doch Historisch-Distanzierten. Gibt es dergleichen in unseren Tagen, die wir für gesittet halten wollten? Dergleichen gibt es. Von den Unseligen, Verfluchten, die noch vor einem Monat an jenen atavistisch-obszönen Greueln teilgenommen haben, ist gleichfalls eine Anzahl in Dachau zu besichtigen. Nicht weit von der museumhaft erhaltenen Prügelstube sitzen sie hinter Stacheldraht, die Folterknechte der Neuen Ordnung, die Stützen der Hitlerschen Gesellschaft, Stolz und Elite einer verblendeten Nation. Unter diesen SS-Verbrechern gab es vielleicht diesen oder jenen, der sich einst bei den Züchtigungsorgien in unserem Hause mannhaft hervorgetan ...

Der gleiche Tag, an dem ich das Dachauer Konzentrationslager besuchte und dort ein paar hundert relativ harmloser oder doch unwichtiger Lumpen wie Raubtiere im Käfig hocken sah, brachte mir auch die Begegnung mit einem der großen Schuldigen und Oberschurken — Hermann Göring. Wie Dir aus den Journalen bekannt, durfte er nur einmal interviewt werden — an diesem Tag eben: dem 11. Mai —, um dann, zusammen mit den übrigen Hauptkriminellen, unter alliierter Obhut bis auf weiteres zu verschwinden. Schauplatz der kuriosen Veranstaltung war eine abgelegene Villa in Augsburg oder vielmehr der dazugehörige Garten, auf dessen soigniertem Rasen zwanzig bis dreißig amerikanische, französische und englische Reporter nebst einigen hohen Offizieren sich neugierig um den berühmten oder doch sensationell berüchtigten Gefangenen drängten. Göring saß — recht unbequem, aber doch dekorativ — auf einem kleinen, harten Stuhl im Schatten einer Linde. (Oder war es ein Kastanienbaum?) Die taubengraue Uniform, in der er sich präsentierte, übrigens ohne Orden und Epauletten, war sicher eine seiner unscheinbarsten, aber doch sehr hübsch. Enttäuschenderweise fand ich ihn viel weniger unförmig als erwartet, ein knapp mittelgroßer Mann mit Bauch und Doppelkinn, aber ganz ohne monströse Züge. Man kann nicht einmal sagen, daß er besonders unsympathisch wirkte, eher im Gegenteil. Eine gewisse Brutalität ist seiner Miene freilich anzumerken; auch hat der Blick oft ein recht böses Glitzern. Aber die Stimme klingt angenehm, markig und hell, wenngleich ein wenig fett, und das Gesicht erscheint nicht schlecht geschnitten. Die Gesamterscheinung läßt an den Typ des Condottiere denken, dem es bei aller Grausamkeit doch nicht ganz an Bonhommie gebricht.

Übrigens war es Göring sichtlich darum zu tun, einen guten Eindruck zu machen. Hofft er auf Vergebung? Rechnet er mit der Langmut und Ignoranz der Sieger? Absurde Illusion! Und doch vielleicht nicht so *durchaus* absurd, wenn man bedenkt, mit welch unpassender Höflichkeit der alte Halunke von unseren militärischen Würdenträgern zu zunächst behandelt worden ist. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat man sich freilich eines Besseren besonnen. Der Göring, den die Journalisten zu Augsburg hechelten, war kein Selbstgewisser, kein Verwöhnter mehr. Aber wenn er seine Arroganz zu cachieren wußte, auch nach Zerknirschung sah er wenig aus. Vielmehr glich er einem großen Herrn, der Pech gehabt hat und nun versucht, sich mit Charme und Schlauheit irgendwie aus der Affäre zu ziehen.

Dem großen Herrn war etwas unbehaglich; sein Lachen klang forciert, auch fiel auf, daß er das Schnupftuch oft zur Stirne führte. Er schwitzte, obwohl er doch im Schatten saß. Schwitzend bat er den Interpreten, uns drauf hinzuweisen, daß er — der Reichsmarschall — mit dem Führer schon seit geraumer Weile verkracht gewesen sei. „Völlig auseinander!" betonte er mit erhobenem Zeigefinger. „Ich bitte, dies zu unterstreichen! Es ist wichtig!" — Während die Botschaft auf englisch und französisch ausgerichtet wurde, beobachtete der Reichsmarschall besorgten Blickes unsere Reaktion.

Die Konzentrationslager? Er hatte nie geahnt, was dort vor sich ging. Alles Himmlers Schuld! „Wären solche Abscheulichkeiten mir bekannt gewesen, ich hätte protestiert, hätte durchgegriffen!" Wobei er sich nervös die Stirn tupfte.

Der Reichsta..brand? Hier wurde er fast schelmisch. „Ich hatte nichts damit zu tun!" Dazu ein Grinsen — ‚spitzbübisch', sozusagen.

„Ist Hitler tot?"

Ich war es, der diese Frage an ihn richtete, auf deutsch natürlich, was ihn zusammenfahren ließ. Indessen kam die Antwort mit größter Promptheit und besonderem Nachdruck: „Ja! Hitler ist tot. Unbedingt! Kein Zweifel!"

Dies also war das Göring-Interview im Frühlingsgarten. Kurios, nicht wahr? Wenn ich nichts Drollige zu berichten hätte, der Umfang dieser Epistel wäre ja in der Tat durchaus unverzeihlich.

Eines anderen Gespräches von erstaunlicher Drolligkeit möchte ich schließlich noch Erwähnung tun. Gestern war ich bei Richard Strauß in Garmisch, mit Curt Rieß zusammen, der hier als ein ‚US Correspondent' tätig ist. Wir ließen uns als zwei amerikanische Reporter melden; der Meister empfing uns mit großer Herzlichkeit, ohne mich zu erkennen, natürlich, und ohne daß ich ihm irgendwelche Aufschlüsse über meine Identität gegeben hätte. Auch diese Unterhaltung fand vor einer Villa im blühenden Garten statt, freilichin sehr viel intimerer Form als die Entrevue mit dem Reichsmarschall. Bei Strauß gab es kein militärisches Zeremoniell, keinen Massenandrang internationaler Berichterstatter; vielmehr waren Curt und ich die einzigen oder doch die ersten journalistischen Besucher, nicht nur an diesem Tage, sondern überhaupt, seit dem Ende des Krieges. Sonderbarerweise war noch nicht *einer* von unseren sonst so findigen Kollegen auf die Idee verfallen, den Komponisten der ‚Salomé' und des ‚Rosenkavalier' zu interviewen. Um so größer seine Mitteilsamkeit, die durch keinerlei Scham oder Takt gehemmt erscheint.

Scham und Takt sind seine Sache nicht. Die Naivität, mit der er sich zu einem völlig ruchlosen, völlig amoralischen Egoismus bekennt, könnte entwaffnend, fast erheiternd sein, wenn sie nicht als Symptom sittlich-geistigen Tiefstandes so erschreckend wäre. *Erschreckend* ist das Wort. Ein Künstler von solcher Sensitivität — und dabei stumpf wie der Letzte, wenn es um Fragen der Gesinnung, des Gewissens geht! Ein Talent von solcher Originalität und Kraft, ein Genie beinah — und weiß nicht, wozu seine Gaben ihn verpflichten! Ein großer Mann — so völlig ohne Größe! Ich kann nicht umhin, dies Phänomen erschreckend und auch ein wenig degoutant zu finden.

Sein hohes Alter ist keine Entschuldigung, kaum ein mildernder Umstand. Zwar erklärt er uns, daß er keine ‚künstlerischen Pläne' mehr habe. (‚Fünfzehn Opern, dazu die Lieder, die symphonischen Stükke und andere Kleinigkeiten, es genügt: Mein OEuvre ist abgeschlossen.') Aber für einen Mann von einundachtzig ist er in ungewöhnlich guter Form; die rosige Miene hat nichts Greisenhaftes, ebensowenig wie der sichere Gang und die süddeutsch weiche, sanft-sonore Stimme.

Mit sanft-sonorer Stimme teilte der uns mit, daß die Nazi-Diktatur auch für ihn in mancher Beziehung lästig gewesen sei. Da war zum Beispiel, kürzlich erst, der höchst ärgerliche Zwischenfall mit den Ausgebombten, die in seinem — des Meisters — Haus einquartiert werden sollten. Ihm schwoll die Zornesader, wenn er nur daran dachte. „Man stelle sich das vor!" rief er, sehr aufgebracht. „Fremde — hier, in *meinem* Heim!" Mit einer Hand, die etwas zitterte, nicht von Altersschwäche, sondern vor Wut, wies er auf das Haus: ein ländlich-eleganter Bau von stattlichen Dimensionen.

„Beruhige dich doch, Papa!" Des Meisters Schwiegertochter, die mit uns im Garten saß, redete dem cholerischen Alten zärtlich-vernünftig zu. „Es war eine scheußliche Idee, ein Affront, äußerst ungehörig; aber Gott sei Dank ist es doch bei der Idee geblieben. Man hat dir keine Ausgebombten zugemutet, nicht wahr, Papa?"

„Gewiß! Weil der Krieg zu Ende ging!" Der Alte grollte immer noch, nur halb besänftigt. „Aber was wäre sonst passiert? Mein Appell an Hitler hatte keine Wirkung. Er bestand darauf, daß auch ich Opfer bringen müsse. Einquartierung! Eine Unverschämtheit!"

Und sonst gab es nichts, was er Hitler übelnahm?

Doch, noch das und dies, noch mancherlei! Der musikalische Geschmack des Führers war, nach Straußens Ansicht, denn doch etwas einseitig und speziell gewesen. Richard Wagner in allen Ehren, aber schließlich waren auch noch andere da. „Meine letzte Opfer, ‚Die Liebe der Danaë', ist einfach ignoriert worden", stellte der Komponist beleidigt fest. „Und Sie wissen ja, was für Schwierigkeiten ich wegen des Librettos von Stefan Zweig hatte. Dabei ist ‚Die schweigsame Frau' wirklich ein sehr geschickt gemachter Text — und übrigens konnte ich ja 1933 nicht ahnen, daß die Rassengesetze kommen würden." Ob er jemals daran gedacht hatte, Nazi-Deutschland zu verlassen?

Meine Frage überraschte ihn; ermusterte mich unter hochgezogenen Augenbrauen. Warum hätte er wohl Deutschland verlassen sollen? „Ich habe doch meine Einkünfte hier, ziemlich große sogar." Die Schwiegertochter, eine nicht sehr ‚arisch' wirkende Dame, nickte eifrig, während der rosige Alte nicht ohne Stolz konstatierte: „Schließlich gibt es bei uns mindestens achtzig Opernhäuser."

„Es *gab!*" Ich konnte diesen Einwand nicht unterdrücken. „Sie wollen wohl sagen, daß es in Deutschland einmal achtzig Opernhäuser gegeben hat."

Er verstand mich nicht. Vollauf beschäftigt mit seinen eigenen Affären, hatte er wohl noch keine Zeit gehabt, eine Bagatelle wie die Zerstörung deutscher Städte (und deutscher Opernhäuser) auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

„*Mindestens* achtzig", insistierte er streng, um dann mit leicht besorgtem Kopfschütteln fortzufahren: „Natürlich, wenn die Lebensmittelversorgung hier noch schlechter werden sollte, würde ich vielleicht doch noch auswandern müssen, in die Schweiz etwa. Aber bis jetzt hat man sich ja immer noch irgendwie durchgewurschtelt."

Ja, so einer ‚wurschtelt' sich durch, ganz gleich, unter welchem Regime. Haben die Nazis einen sinnlosen und mörderischen Krieg verschuldet? Sind Millionen Unschuldiger in Gaskammern zugrunde gegangen? Liegt Deutschland in Schutt und Asche? Was kümmert es Richard Strauß?

Richard Strauß sagt: „Auswandern? Ja, wenn das Essen schlecht wird! Im Dritten Reich gab es sehr gut zu essen, besonders wenn man Tantiemen aus mindestens achtzig Opernhäusern scheffelte. Von ein paar dummen Zwischenfällen abgesehen, hatte ich nicht zu klagen."

Manche der Nazi-Häuptlinge — sagt Richard Strauß — waren famose Menschen: Hans Frank, zum Beispiel, der Fronherr des Polenlandes (‚Sehr fein! Sehr kultiviert! Er schätzt meine Opern!'), und Baldur von Schirach, der über die ‚Ostmark' (sonst Österreich genannt) zu gebieten hatte. Dank seiner Protektion genoß die Familie Strauß in Wien eine Vorzugsstellung — und dies, obwohl der Sohn des Komponisten eine rassisch nicht einwandfreie Gattin hat! „Ich darf wohl behaupten, daß meine Schwiegertochter die einzige freie Jüdin in Großdeutschland war."

„Frei? Nicht doch, Papa! Oder doch nicht so ganz!" Es war Frau Strauß ‚junior', geborene Grab, die kokett-wehleidig protestierte. „Meine Freiheit ließ zu wünschen übrig. Du vergißt, was ich auszustehen hatte. Durfte ich etwa jagen gehen? Nein! Sogar das Reiten war mir zeitweise verboten ..."

Ich schwöre es, dies waren ihre Worte! Die Nürnberger Gesetze sind gewesen; Auschwitz ist gewesen; ein Massaker ohne Beispiel hat stattgehabt; das infamste Regierungssystem der Weltgeschichte hat die Juden zum Freiwild degradiert. All dies ist bekannt. Und die Schwiegertochter des Komponisten Richard Strauß beklagt sich, weil sie nicht *jagen* durfte. Zeitweise war ihr sogar das Reiten untersagt ...

Ich fand es an der Zeit, das empörende Gespräch zu beenden. „Sie gehen schon?" Der Meister und die geborene Grab hätten uns gern zum Essen dabehalten. Ich lehnte ab. Curt erklärte, gleichfalls eine Verabredung in der Stadt zu haben, konnte aber doch nicht umhin, Herrn Strauß um eine signierte Photographie zu bitten. „Gewiß doch! Mit Vergnügen!" Der Alte strahlte. Und zu mir gewendet: „Wünschen auch Sie ein Bild?"

„Danke. Ich sammle nicht."

Meine Antwort muß ziemlich eisig geklungen haben. Die weißen Augenbrauen stiegen höher denn je, mehr verblüfft als gekränkt. Dann kam ein Achselzucken, ein überlegenes Lächeln. Diese Amerikaner! Man weiß ja, wie eingebildet und vulgär sie sind. Ein Autogramm des Meisters zu verschmähen! So ein blöder ‚Yank' kennt eben nichts als Boxer und ‚movie stars' ...

rbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

„Unsägliche" Logik

Zur Kritik an der Albanien-Berichterstattung der „Roten Fahne" im RM Nr. 17: „Unsäglich" ist die „Rote Fahne" nicht. Mir erscheint sie beim Lesen eher wie eine Parodie auf die eigene Vergangenheit. Daß der RM sich auf den selben Stiel immer mal wieder herabläßt, ärgert mich mehr. Die Kapriolen, die der „Roten Fahne" unterstellt werden, haben wir ja nun auch gemacht. Zur Begründung ihres Revisionismus-Vorwurfs gegen Enver Hoxha stellt die „Rote Fahne" eine Sache richtig dar: Zu Lebzeiten Maos wurde dieser von der PAA hocheingeschätzt — ich will gar nicht aus dem Beileidtelegramm der PAA zum Tode von Mao zitieren. Dann, eine Zeit nach seinem Tode — natürlich im Zusammenhang mit den übrigen Ereignissen — kam man mit einer ganz anderen Einschätzung daher, die mit der Veröffentlichung von Envers „Betrachtungen über China" nachträglich historisch untermauert wurden. Die „Rote Fahne" meint, mit diesen „frisierten Tagebüchern" habe sich die PAA und Enver diskreditiert. Der „Rote Morgen', antwortet, die 3-Welten-Theorie habe es aber schon vor 1976 gegeben, ätsch! Mit einer solchen Antwort unterscheidet sich der „Rote Morgen" überhaupt nicht vom Stil der „Roten Fahne". Sozusagen frühe 70er Jahre. Die Kritik an der „Roten Fahne" müßte aber weitergehen. Sie argumentert ausschließlich dogmatisch. Die Entwicklung Chinas und Albaniens wird nicht betrachtet, weder im Zusammenhang von gesellschaftlicher Entwicklung und historischer Bedingungen, noch im Zusammenhang von staatlicher Politik und herrschender Ideologie. Entscheidend ist für die Beurteilung nur, ob bestimmte Personen ins mühsam zurechtgezimmerte Weltbild passen oder nicht. Entweder ist alles total gut oder total schlecht. Und wenn man sich dann für eins entschieden hat, macht man erst einmal alle Kapriolen mit. Man denke — um ein entferntes Beispiel zu nehmen, an Lin Biao: Zuerst **statut**mäßiger Nachfolger von Mao, dann schon von Geburt an Revisionist. Wir können uns nicht rühmen, solche Märchen öffentlich angegriffen zu haben. Wenn man das aber nicht tut, sollte man lieber vorsichtig mit seiner Argumentation sein und keinen „alten" dogmatischen „Kaffee" aufwärmen.

P.P., Bochum

Weggelassen

Ihr habt die Erklärung der Aachener Gruppe zum 8. Mai fast unverändert abgedruckt. Aber eben nur **fast.**

Gestrichen wurde die Absichtserklärung der Aachener KPD-Gruppe, den Anspruch der Nazis, die Straßen für ihre faschistische Ideologie zu erobern und sich dort mit ihrem Terror gegen fortschrittliche Menschen und gegen Ausländer zu wenden, **auf den Stand vor 40 Jahren zurückzudrücken, als das braune Gesindel mit seiner Hitler-Diktatur vor dem Ansturm der Roten Armee und ihrer Verbündeten in die Knie gehen mußte.** An die Stelle der unterstrichenen Worte habt ihr die Worte „aktiv bekämpfen" gesetzt. Man kann die Faschisten auch bekämpfen, ohne daß man das Ziel verfolgt, den Faschismus mit seinen politischen, ideologischen und organisatorischen Grundlagen im kapitalistischen System unmöglich zu machen, also ohne daß man diesen Kampf auf der Straße als Teil des kommunistischen Parteiprogramms führt. Die Partei ist an einem Punkt, wo es falsch ist, noch mehr das Aktivsein als solches, die Einheit um der Einheit willen ins Bewußtsein zu rücken. Es gibt schon genügend Kräfte, die an der Verwässerung des Parteiprogramms arbeiten. Was ihre Aktivität betrifft, sind Kommunisten nicht so sehr viel wirksamer als andere Teile der antifaschistischen Bewegung. Wirksam sind sie dadurch, daß

1. ihr Programm dazu aufruft, daß der Kampf gegen den Faschismus bis zu dessen Zerschlagung fortgesetzt wird

2. ihr Programm fordert, das kapitalistische System als Ursprung des Faschismus durch die proletarische Revolution zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen und sie ihr Programm in die Praxis umsetzen.

Bei diesen Zielen ist die Forderung nach Zurückdrängen der neuen braunen Bewegung eine Forderung, die dem Parteiprogramm entspricht und keineswegs durch besondere Radikalität herausfällt.

Passen folgende Sätze besser in euer neues Konzept von RM-Redaktionsarbeit, wie es in einem Leserbrief von R.S., Bochum (aus RM Nr. 10, 8.3.85) von euch diesmal nicht gestrichen, zu lesen war, daß es falsch ist, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu verteidigen:

„Es ist kein Tag, auf den man mit Stolz zurücksieht, wie das an wirklichen Feiertagen üblich ist (1). So scheint mir das Herangehen der westdeutschen Linken und fortschrittlichen Literaten ganz einfach sektiererisch. Das deutsche Volk kann diesen Tag nicht als Feiertag begehen."

Das ist genau die Meinung, die letztes Wochenende 120 Wahlunterstützer der faschsitischen FAP in Aachen verbreiten wollten mit Aufklebern „8. Mai 1945 — Kapitulation feiern — Nein Danke!" Rechter geht's nicht, und übler läßt sich die Kritik am Sektierertum nicht mißbrauchen. R.S. sehnt sich nach „wirklichen Feiertagen", und ihr druckt's ab, (zu 1) ist der 17. Juni so ein Feiertag, vielleicht Ostern oder Christi Himmelfahrt? WER feiert WAS? Sollen wir z.B. vergessen, Feiertage auf ihre Inhalte abzuklopfen, Feste feiern, nur weil viele mitmachen oder nur feiern, wenn viele mitmachen? Wozu haben wir eine Linie der Partei, wozu RM und ZK, die diese umsetzen sollten, wenn trotzdem solcher rechtsopportunistischer Mist durchgelassen wird? Oder ist es wie mit den Festtagen und wie mit den Aktivitäten, daß die Frage der Linie **nur** eine Frage der Mehrheiten in der Partei ist? — Wenn diese Mehrheiten weit genug nach rechts marschiert sind, dann wird die früher kommunistische Linie der Partei gestrichen und kann durch eine sozialdemokratische Linie ersetzt werden. Ist das nicht demokratisch und toll?
ja, toll!
R.M., Aachen

Rückbesinnung

Betr.: Leserbrief von Peter, „Roter Morgen" vom 3.5.

Liebe Genossinen und Genossen,
es bleibt unklar, was Peter unter der Diktatur des Proletariats versteht. Es scheint aber ganz etwas anderes zu sein als was Marx und Lenin darunter verstanden. In der Kritik des Gothaer Programms schrieb Marx, zwischen der Periode des Kapitalismus und des Kommunismus „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung", deren politische Form „die revolutionäre Diktatur des Proletariats" sei. Er (dargestellt an seiner Analyse der Pariser Commune) und Engels verstanden das als eine „demokratische Republik" (MEW 22, 235)

Lenin wollte nie etwas anderes, auf keinen Fall eine Parteidiktatur. Die „Diktatur des Proletariats" sei nötig „zwecks Niederhaltung der Unterdrücker", aber sie müsse mit „der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus ... für das Volk" verbunden sein. „Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter ... diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus." (vgl. das Kapitel: Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, in: Staat und Revolution). „Die Diktatur des Proletariats, ... d.h. die Sowjetmacht ... bedeutet für die arbeitenden Massen, ... sich der demokratischen Rechte und Freiheiten zu bedienen, wie sie noch niemals ... vorhanden waren", erklärte er auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale.

Das wurde auch praktiziert. Während im Juli 1917 die provisorische Regierung die bolschewistischen Zeitungen verbot und Lenin in die Illegalität abtauchen mußte, konnten nach der Oktoberrevolution selbst die bürgerlichen Zeitungen frei erscheinen. Es war sogar möglich, daß die von Gorki herausgegebene menschewistische Zeitung „Nowaja Schisn" Anfang 1918 schrieb: „Lenin ist unheilbar verrückt. Anstatt Dekrete zu unterzeichnen, sollte er sich einer hydrotherapeutischen Behandlung unterziehen." Menschewiki und Sozialrevolutionäre zogen aus grundsätzlicher Opposition aus dem allrussischen Sowjet aus. Sie hätten drin bleiben können. Aber ihre Zeitungen und Parteiarbeit blieben legal. Die linken Sozialrevolutionäre waren sogar in der „Regierung" vertreten. Sie stellten immerhin 7 Volkskomissare gegenüber 11 der Bolschewiki.

Erst im Juni 1918 wurden Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre verboten, weil sie nicht nur zum Sturz der Sowjetmacht aufriefen (das taten sie von Anfang an, die rechten Sozialrevolutionäre seit Dezember 1917 sogar zum bewaffneten Sturz), sondern die bewaffnete Konterrevolution auch aktiv unterstützten. Als die Menschewiki ihre Haltung änderten, wurden sie im November 1918 wieder legalisiert. Sie wurden erst Ende 1920 verboten, als sie Streiks zum Sturz der Regierung organisierten. In der Zwischenzeit waren sie in vielen Sowjets vertreten.

Alle diese Verbote, auch das Fraktionsverbot der bolschewistischen Partei von 1921, sollten nur zeitweilig gelten.

Diese Rückbesinnung auf den Leninismus hat sehr praktische Bedeutung. Werktätige verstehen, daß eine bewaffnete Konterrevolution unterdrückt werden muß. Aber sie sind nicht bereit, für eine Parteidiktatur zu kämpfen. Darum ist eine klare Aussage zur sozialistischen Demokratie eine Vorbedingung dafür, wenn Revolutionäre für die arbeitenden Massen glaubwürdig werden und bleiben wollen. Es ist ermutigend, wenn in dieser wichtigen Frage die Einheit von Ernst Aust bis zur GIM reicht. Wenn diese und andere Fragen unter den Revolutionären in der Bundesrepublik offen, unter Rückbesinnung auf den authentischen Leninismus diskutiert werden können, dann entsteht eine gute Chance für den Aufbau einer revolutionären Partei.

Nerven

Liebe Genossinnen und Genossen,
seit langem schon gehen mir Unverschämtheiten, Dreistigkeit und Arroganz der MLPD auf die Nerven. Alle Artikel aus dem Parteiblatt der MLPD „Rote Fahne", die ich kenne und die sich auf die KPD beziehen, strotzen von Verleumdungen, Verdrehungen und Unwahrheiten. Die obligatorischen penetranten Aufrufe an die sogenannten ehrlichen KPD-Mitglieder, ihre Partei zu verlassen und zur MLPD zu kommen, halte ich für ein Manöver, das die Redlichkeit der Rote-Fahne-Schreiber suggerieren und die eigenen Leute bei der Stange halten soll — denn für so grenzenlos blind können die uns doch wirklich nicht halten!

Folgendes Gedicht, das 1982/83 entstanden ist nach entsprechenden Erfahrungen mit MLPD-Mitgliedern und das leider wohl immer noch aktuell ist, würde ich ja gerne an die Redaktion der „Roten Fahne" schicken, doch ich bin davon überzeugt, daß dort jegliche nicht genehme Kritik unterdrückt wird.

An ein, zwei, drei intellektuelle MLPD-Genossinnen und Genossen!

Ich bin superrevolutionär! / Die andern sind die Spinner! / Für meinen Sieg gibt's kein' gewähr / und doch — bin ich Gewinner! / Meine Linje ist korrekt / und grade wie'm Strahl / Urin, der an die Bäume eckt, / — wenn es pißt, zumal! / Prozentiglich sind wir die Harten / — Hundert und noch mehr! —, / die proletarisch duldsam warten: / Wer wagt zu zweifeln?! Wer!!

Mit freundlichen Grüßen auch an alle ehrlichen MLPD-Mitglieder,
W.K., Moers

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

DORTMUND

Zentraler Arbeitslosentreff der KPD
Samstag, 1. Juni, 11.00 Uhr
Parteibüro Hörde

Termine

ZENTRALER FRIEDENSTREFF DER KPD

Datum: 1. Juni, Ort: Dortmund, Beginn: 11.00 Uhr, Ende gegen 18.00 Uhr. Bitte anmelden, Vorbereitungsmaterial wird dann zugeschickt.
Eingeladen sind alle interessierten Genossinnen und Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind. Themen, die diskutiert werden sollen: Situation in der Friedensbewegung nach den Herbstaktivitäten und den Aktionen am 4. Mai; Arbeit der KPD in der Friedensbewegung (möglichst mit euren Berichten aus den Orten); wie können unsere friedenspolitischen Vorstellungen in der Friedensbewegung mehr politisches und organisatorisches Gewicht bekommen; Herbstaktivitäten.
Das Treffen soll auch der Vorbereitung des nächsten bundesweiten Treffens der Friedensbewegung in Köln dienen.

„GROSSER RATSCHLAG"

Der nächste „Große Ratschlag" der Friedensbewegung findet am 16./17.6.'85 in Köln statt. Das Treffen soll vor allem der inhaltlichen Diskussion über die weitere Politik der Friedensbewegung dienen.
Arbeitsgruppen sind bis jetzt zu folgenden Themen vorgesehen: Genfer Verhandlungen; Westeuropäische Union; Atomwaffensperrvertrag; Haushaltsberatungen '85; Weltraumrüstung SDI; Zivilschutzgesetz; „Kommunalisierung" der Friedensbewegung, Bunkerbau u.ä.; Mittelstreckenwaffen; „Sicherheitspartnerschaft"; Europa und „3. Welt".

Bestellt Informationsmaterial der KPD

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
○ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
○ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name ....
Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM
○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung
○ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

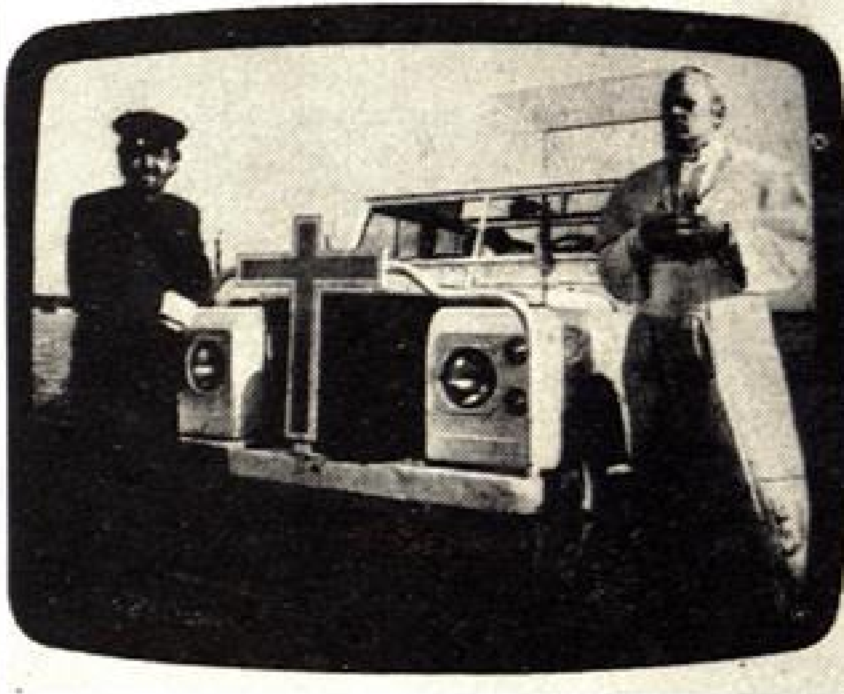
Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Papstbesuch in den Niederlanden

Popie Jopie

Wenig Freude hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst Johannes Paul II. an seinem Ausflug in die Niederlande. Ansonsten von den bestellten Katholikenscharen groß gefeiert, mußte der Papst diesmal herbe Kritik und Ablehnung hinnehmen.

Der Unterschied zu den sonstigen Papstreisen bestand nicht nur im Fehlen der Massenansammlungen sondern mehr in der offenen Kritik am Papst, die aus kirchlichen und außerkirchlichen Kreisen deutlich geäußert wurde. Die Niederlande sind nicht nur seit Jahrhunderten ein Hort des reformerischen, protestantischen Calvinismus, spätestens seit dem II. Vatikanischen Konzil gehen Hollands Katholiken auch ihre eigenen Wege, abseits von Rom. Da wurde die Unfehlbarkeit des Papstes angezweifelt, die Ohrenbeichte wurde abgeschafft, das Zölibat ist weitgehend umstritten, es existiert sogar ein Verband homosexueller katholischer Seelsorger. Dieser Entwicklung versucht Rom schon lange einen Riegel vorzuschieben. Von Rom aus werden neue reaktionre Bischöfe und Kardinäle ernannt, alles Leute, die auf Linie Roms liegen — die aber bei ihren feierlichen Amtseinführungen in den Kirchen von kritischen Katholiken mit oft lautstarker Ablehnung „gefeiert" wurden. In dieser Situation ist der Papstbesuch für viele der Katholiken der Niederlande eine Provokation gewesen. Eine Provokation, auf die sie aber Antworten wußten. So



Szenenfoto aus der niederländischen Fernsehserie „Popie-Jopie", die den Papst allwöchentlich verulkte. Ein Drittel der niederländischen Bevölkerung sah jeweils begeistert zu.

hat zum Beispiel eine Frau, die eine vorher zensierte Rede halten durfte, vor dem Oberhaupt der Katholiken kurzfristig ihr Manuskript aufgegeben und dem Papst Wahrheiten gesagt. Sie verurteilte die Haltung Roms gegenüber Partnern, die unverheiratet zusammenleben, gegenüber Homosexuellen, verheirateten Priestern und Frauen in der Kirche. Sie richtete die Frage an den Papst, wie denn die katholische Kirche glaubwürdig sein könnte in bezug auf die befreiende Botschaft des Evangeliums, wenn sie mit einem drohend erhobenen Finger anstatt mit ausgestreckter Hand gepredigt werde. Und weiter fragte sie, wie es mit der Glaubwürdigkeit des Klerus bestellt sei, „wenn Bischöfe über uns tronen, anstatt mitten unter uns zu sein." Sie sagte auch, daß es die kirchlichen Entwicklungen der letzten Zeit gewesen seien, die „viele von uns dazu gezwungen (haben), aus kritischer Treue und christlicher Gehorsamkeit kirchlich ungehorsam zu sein." Unbewegt nahm der Papst die Schelte hin, die ihm bis zum Empfang beim niederländischen Regierungschef immer wieder vorgetragen wurde.

Aber nicht nur die „kirchlich Ungehorsamen" protestierten. Weite Teile der niederländischen Bevölkerung verfolgten mit Sympathie eine Welle von kritischen Aktionen zum Papst-Besuch. Schon Monate vor dem Besuch lief eine populäre Satire-Sendung im niederländischen Fernsehen. „Popie Jopie" hieß sie und verulkte den Papst, das Titellied der Sendung — die im benachbarten Belgien verboten wurde — stieß sogar in die Hitparaden vor.

Und obwohl die Polizei ein Riesenaufgebot zur Sicherheit des Papstes und für den störungsfreien Ablauf seiner Auftritte abstellte, gelang es Demonstranten immer wieder, sich lautstark zu Wort zu melden. Es gab brutale Polizeieinsätze gegen die Demonstranten — aber auch viel Unterstützung in der Bevölkerung. Und anders als in anderen Ländern gingen während des Papst-Besuchs in Holland weniger die „frommen" Erinnerungssouveniers, sondern die Anti-Papst-Plakate, Buttons und Aufkleber waren der Verkaufsrenner. Und die Behörden kamen gar nicht nach mit ihren Einsätzen, kritische Parolen an den Plätzen, die der Papst besuchte, zu entfernen. So konnte er einmal groß lesen **„Pope go rome"**



Hollands kritische Christen ließen sich nicht den Mund verbieten

Autobahnpolizei-Skandal

Polizisten rächen sich an LKW-Fahrern

Weit mehr als die bislang angenommenen 70 Polizisten allein im Regierungsbeizirk Arnsberg (NRW) sind in die „Wegezoll-Affäre" verwikkelt. Dies mußte in der vergangenen Woche die ermittelnde Münsteraner Staatsanwaltschaft zugeben. Ein Oberstaatsanwalt Deupman sagte vergangenen Freitag vor der Presse, daß die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Autobahnpolizisten, die unter dem Verdacht stehen, sich von Lastwagenfahrern unter Androhung einer Anzeige geladene Waren erpreßt zu haben, sich erheblich ausweite.

Nach Angaben des Staatsanwalts gibt es mittlerweile auch etwa 30 Anzeigen von LKW-Fahrern aus dem gesamten Bundesgebiet gegen Autobahnpolizisten aus dem Regierungsbezirk Münster.

Wie jetzt auch bekannt wurde, versuchen die Polizisten Fahrer, die die Erpressungen anzeigten, unter Druck zu setzen. Die Staatsanwaltschaft hat „Anhaltspunkte" dafür, daß die Autobahnpolizei ihre Kontrollen verstärkt bei jenen Fahrern vornimmt, die Beamte wegen des „Wegezolls" belastet hätten. In der letzten Zeit haben sich zahlreiche Fernfahrer über schikanöse Kontrollen auf der Sauerlandlinie beklagt. So liegen die Aussagen eines LKW-Fahrers vor, der sich in dem Ermittlungsverfahren gegen die Autobahnpolizisten als Zeuge gemeldet hatte und daraufhin auf dem kurzen Teilstück zwischen dem Kamener Kreuz und Osnabrück auf einer Fahrt siebenmal zu Kontrollen „aus dem Verkehr gezogen worden" sei.

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Erst der Wald, dann der Mensch?

...ankfurt am Main 1, sende...

Die Steine sterben zuerst

„Die Steine sind die ersten, dann kommt der Wald, dann kommen die Menschen." Diese ...

Kohlensäure lösen einen chemischen Prozeß aus, der Steine und Bindemittel angreift. Seit der In- ...

„Die Steine sind die ersten, dann kommt der Wald, dann kommen die Menschen", so zitiert die Zeitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden einen „bekannten deutschen Denkmalschützer"! Diese ganz neue Erkenntnis ist natürlich nicht deswegen wichtig, weil sie den Menschen etwas mehr Zeit gibt, bevor der Umwelttod sie dahinrafft — die Neuigkeit ist wichtig — genau: weil sie Arbeitsplätze schafft. Denn aus der Tatsache, daß die Steine sterben, zieht die Zeitung der BSE „Grund**stein**" (!) die Folgerung: „Bund, Länder und Gemeinden sowie private Eigentümer sind aufgefordert, mehr Mittel für den Denkmalschutz zur Verfügung zu stellen. Denkmalpflege ist ‚handwerksintensiv' und schafft Arbeitsplätze."



Ganz deutlich — der Stein stirbt!

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo - Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.